In Freiheit leben

Deutschland sicher in die Zukunft führen

Grundsatzprogramm
der CDU Deutschlands

GRUND
SÄTZLICH
CDU

Inhalt

Auf einen Blick: Das ist CDU 1

I. Wo wir stehen 6

II. Was uns ausmacht 10

Das christliche Menschenbild 10

Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit 11

Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal und konservativ 12

Unser Selbstverständnis 13

III. Wo wir hinwollen 16

Ein Land, das frei und sicher ist 16

Eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet 31

Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft 48

Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist 61

Ein Staat, der funktioniert und vorangeht 72

Mit unseren Werten in die Zukunft 80

Auf einen Blick: Das ist CDU

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag Verantwortung für Deutschland. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher und solidarisch zusammenlebt.

Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen.

Aus diesem Menschenbild leiten wir einen Dreiklang ab: Wir sehen immer zuerst den einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren Würde und seinen individuellen Fähigkeiten. Wir verbinden die Freiheit des Einzelnen mit seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen der Welt in Demut, weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen.

Aus diesem Dreiklang ergibt sich für uns Christdemokraten der Auftrag, mit Neugier, Zuversicht und Vertrauen in den Menschen nach der bestmöglichen Lösung zu suchen.

In der heutigen Zeit bedeutet dies für uns vor allem:

Wir wählen die Freiheit! Unser freiheitlicher Rechtsstaat schützt das Recht des Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Voraussetzung für Freiheit ist Sicherheit. Wir verstehen Sicherheit umfassend, als innere und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet.

Für ein freies und sicheres Land! Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden und die Justiz. Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt auch für den politischen Islam. Nur ein wehrhafter Rechtsstaat kann Freiheit und Sicherheit gewährleisten.

Unser Herz schlägt für Europa! Die Europäische Union ist eine Friedens- und Freiheitsgemeinschaft. Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa einen

konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen die Sicherheit in Europa und den Binnenmarkt stärken. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab. Solide Finanzen sind die Grundlage für eine stabile EU.

Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt! Die Weltlage erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die strategischen Interessen Deutschlands und Europas wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Kampffähigkeit der Bundeswehr sind für uns daher Priorität staatlichen Handelns.

Mut zur Leitkultur! Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, unser Rechtsstaat, demokratische Grundprinzipien, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichte sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur und damit auch zu unseren Werten bekennt, kann sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.

Zusammenhalt stärken! Wir wollen die Bindekräfte in der Gesellschaft fördern und unterschiedliche Milieus zusammenführen. Dazu setzen wir auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

Familien vermitteln Werte! Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie. Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. Familien sind die Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt. In Ehe und Familie übernehmen Menschen Verantwortung füreinander, für Kinder und für älter werdende Eltern. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Verständnis von Partnerschaft und wertschätzen die vielfältigen Leistungen von Familien im Lebenslauf. Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit.

Aufstieg und Integration durch Bildung! Wir wollen gemeinsam mit den Eltern jedem Kind die Chance auf bestmögliche Bildung und Qualifikation für die Persönlichkeitsentwicklung, die demokratische Teilhabe und ein erfolgreiches Berufsleben ermöglichen. Leistung und Bildungsgerechtigkeit denken wir zusammen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht.

Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft! Kinder, die kein Deutsch können, müssen wir stärker unterstützen. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten.

Wirtschaft für den Menschen! Die CDU ist seit ihrer Gründung die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb gilt für uns bis heute das Versprechen: „Wohlstand für alle“. Für eine freie, gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung mit klaren Regeln und fairem Wettbewerb. Wir wollen die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft erhalten und dabei aktiv weiterentwickeln – national und international.

Wachstum statt Stillstand! Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit einer attraktiven Unternehmensteuer, schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und Regulierung sowie mehr Zukunftsinvestitionen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fach- und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben.

Digitalisierung vorantreiben! Die Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor für den Standort Deutschland. Sie fördert Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Mit neuen Technologien können nicht nur Arbeitsprozesse optimiert, sondern auch neue Märkte erschlossen und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir müssen deutlich mehr in Digitalisierung und Forschung investieren, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Wir wollen alle Menschen zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien befähigen.

Gute Löhne für gute Arbeit! Das ist eine Frage des Respekts und der Wertschätzung. Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier keinen direkten Einfluss haben.

Leistung muss sich lohnen! Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen: Wer mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Wir werden kleine und mittlere Einkommen entlasten und arbeitende Rentner steuerlich besserstellen. Niedrigere Steuern und Beiträge sorgen für höhere Löhne, mehr Jobs und stärkeres Wachstum.

Wer arbeiten kann, soll arbeiten! Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe brauchen – gezielt und mit voller Kraft. Wer Sozialleistung erhält und arbeiten kann, der soll arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss immer gelten.

Zukunftsversprechen für die nächste Generation! Den nächsten Generationen soll es mal besser gehen. Dieses Versprechen galt Jahrzehnte lang und wir stehen dafür, dass das so bleibt. Dafür braucht es nachhaltige Politik, die auch in einer älter werdenden Gesellschaft den nachfolgenden Generationen Spielräume lässt, unser Land und ihre Zukunft zu gestalten. Das geht nur mit soliden Finanzen und einem klaren Bekenntnis zur Schuldenbremse.

Rente langfristig sichern! Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen.

Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich! Dem Klimawandel begegnen wir technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris vereinbarten Klimazielen aus.

Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken! Wir verstehen Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik immer nachhaltig, machen Politik immer auch im Sinne der nachfolgenden Generationen und wollen die Schöpfung bewahren.

Staat muss funktionieren! Deutschland braucht eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform mit starken Ländern und Kommunen. Wir müssen staatliche Prozesse schneller und effizienter machen. Dafür brauchen wir neue Strukturen und Arbeitsweisen: leistungsfähige Parlamente, digitale Behörden und weniger Bürokratie. Mit einer Föderalismusreform wollen wir die Bund-Länder-Beziehungen neu regeln.

Demokratie braucht Demokraten! Wir wollen zum Mitmachen in Staat und Gesellschaft ermutigen, politische Beteiligung auch jenseits von Wahlen attraktiver gestalten und dazu Engagement in Vereinen und Initiativen sowie innerparteiliche Willensbildung stärken. Dazu gehört, zuzuhören und aufzunehmen, was aus Partei und Bevölkerung eingebracht wird.

Einfach mal machen! Unser Land braucht mehr Freiheit, Mut, Aufbruch und Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was floppt, wird gestoppt – und was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

I. Wo wir stehen

Der Anfang

Unser Land ist das Werk mutiger Frauen und Männer. Als Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs politisch, wirtschaftlich und moralisch als Ganzes in Trümmern lag, glaubten sie an eine bessere Zukunft für alle. Sie glaubten an ein gemeinsames Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit. Jeder wusste: Jetzt ist die Zeit, anzupacken und dieses Land wieder aufzubauen, zu versöhnen und eine freiheitliche Republik zu gründen.

Überall im Land – von Köln bis Vechta und Berlin, von Frankfurt bis Goslar und Greifswald – fanden sich Demokratinnen und Demokraten in diesem Geist zusammen und gründeten die Christlich Demokratische Union. Was sie einte: das christliche Menschenbild, die demokratische Überzeugung und das Ziel, alle gesellschaftlichen Schichten und erstmals die Konfessionen in einer Union zu versammeln. Auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen und Zuversicht, Vertrauen und Glauben zu haben, ist seit Anbeginn Wesenskern der CDU.

Und diese Zuversicht brauchte es, um nach dem Verbrechen und dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus an ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit zu glauben. Unter der Führung von vier Bundeskanzlern und einer Bundeskanzlerin hat die CDU seitdem unser Land maßgeblich geprägt: Grundgesetz und Rechtsstaat, wehrhafte Demokratie und Bundesstaat, Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle, Westbindung und Aussöhnung – insbesondere mit Frankreich, Polen und Israel –, Einigung Europas und Deutsche Einheit, internationale Verantwortung und Zusammenarbeit waren entscheidende Weichenstellungen. Genauso wichtig waren die Friedliche Revolution und die Überwindung des totalitären Regimes in der DDR.

All diese Erfolge waren nur möglich, weil die CDU immer wieder den Mut und die Zuversicht bewies, die notwendigen Weichen auch gegen Kritik und Widerstände zu stellen. Wie groß waren damals die Zweifel an der Westbindung, wie groß das Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb, wie groß der Pro-

test gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie groß die Bedenken gegen die Kosten der Wiedervereinigung, wie groß die Abgesänge auf den Zusammenhalt Europas und den Erhalt der Eurozone. Und doch waren all diese Weichenstellungen so entscheidend für unser heutiges Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Das Heute

Für das, was wir gemeinsam erreicht haben, dieses Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, müssen wir heute wieder mehr Verantwortung übernehmen. Wir sind durch die Krisen der Gegenwart und die Aufgaben, die uns die Zukunft stellt, herausgefordert: durch Krieg, durch wachsende Zweifel an der freiheitlichen Demokratie und ihren Institutionen, durch Extremismus und Fundamentalismus, durch Skepsis gegenüber Europa und Multilateralismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch den demografischen Wandel, durch ungesteuerte Migration, durch Klimawandel und Umweltzerstörung.

Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch Wandel und Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern unsere Gesellschaft und gefährden den Zusammenhalt.

Als Menschen haben wir ein Bedürfnis nach Orientierung, nach Halt in Vertrautem, nach einem Lebenstempo, das uns nicht überfordert und Zeit lässt für uns und das Zusammenleben mit anderen. Und wir haben den Wunsch nach einer besseren Zukunft für unsere Kinder und ihre Familien. Die Menschen streben nach Freiheit und Sicherheit.

Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Sie ergänzen und stärken sich gegenseitig. Frei und sicher zu leben bedeutet, einen Platz zu finden, an dem man wachsen kann, mutig Neues zu wagen, und nach dem eigenen Glück zu streben. Das geht nur gemeinsam. Es ist die Erfahrung von Millionen Menschen in unserem Land, dass dieser deutsche Traum gelingen kann.

Das Morgen

Für uns als CDU beginnt die Zukunft mit einem selbstbewussten „Ja zu Deutschland“. Wir sind stolz auf unser schönes Land.

Wir sind eine gefestigte Demokratie im Herzen Europas, wir sind eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer, verlässlicher Rechtsstaat, wir sind eine Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

Die CDU ist überzeugt, dass die Menschen in diesem Land miteinander Zukunft gestalten wollen. Damit wir eine starke Gemeinschaft bleiben, braucht es eine politische Kraft, die gemeinsame Werte und Ziele formuliert. Diese Kraft wollen wir auch in Zukunft sein. Und wir laden alle ein mitzumachen.

Die Welt verändert sich, unsere christdemokratischen Grundwerte aber bleiben: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses vierten Grundsatzprogramms zu zeigen, wie wir mit diesen Grundwerten die Zukunft gewinnen.

Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wollen wir weiterhin scheinbar Gegensätzliches miteinander versöhnen: marktwirtschaftliche Freiheit und soziale Sicherheit, Freiheit des Einzelnen und Verantwortung für die Gemeinschaft, Ökonomie und Ökologie, Wohlstandsversprechen und Klimaneutralität, Bewahrung des demokratischen Nationalstaats, europäische Integration und internationale Einbindung, Liebe des eigenen Landes und Offenheit für die Welt, Gestaltung der Heimat und Einsatz für die Welt, Werteorientierung und Realpolitik.

Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Die CDU ist Volkspartei der Mitte, Partei des Gemeinwohls und Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wir verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut: Die Menschen sind nicht Schöpfer der Welt, aber wir tragen Verantwortung für unsere Erde. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen.

Wir arbeiten für ein Land, das frei und sicher ist; für eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet; für eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft; für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; für einen Staat, der funktioniert und vorangeht.

Diese Aufgabe gehen wir mutig und entschlossen an. Wir haben allen Grund, optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die CDU kann Herausforderung und Zukunft, Aufbruch und Erneuerung.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

II. Was uns ausmacht

Das christliche Menschenbild

Grundlage christdemokratischer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen. Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen in jeder Phase seiner Entwicklung. Jeder Mensch ist als von Gott geschaffenes Wesen einzigartig, unverfügbar und soll frei und selbstbestimmt leben. Dieses Menschenbild leitet unser politisches Handeln. Zugleich ist die CDU den Traditionen der Aufklärung verpflichtet und steht allen Menschen offen, die – unabhängig von der eigenen religiösen Überzeugung – ihre Grundwerte teilen.

Wir stellen uns allen Bestrebungen entgegen, Menschen aufgrund welcher Merkmale auch immer unterschiedliche Wertigkeiten zuzuschreiben. Die Liebe zum Menschen vom Anfang bis zum Ende des Lebens ist der grundlegende Anspruch unserer Politik.

Wir erkennen die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit als gleichwertig an. Wir bejahen Pluralismus und Vielfalt und treten für die freie Selbstentfaltung und Gleichberechtigung ein. Allen Menschen faire und reale Chancen – vor allem auf Bildung, sichere und gute Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg – zu eröffnen, ist ein zentrales Anliegen unserer Politik und unser Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft.

Aus dem christlichen Menschenbild wird für uns gute Politik, wenn sie von der einzelnen Person ausgeht und individuelle Freiheit mit Verantwortung für andere verbindet. Diese Vorstellung unterscheidet uns von einem libertären Individualismus, bei dem allein der individuelle Freiheitsanspruch im Vordergrund steht. Sie unterscheidet uns ebenso von einer identitätspolitischen Betrachtungsweise, die ein Gemeinwesen in sich gegenüberstehende Gruppen aufspaltet, sowie von sozialistischem, nationalistischem und völkischem Denken, das dem ideologisch begründeten Kollektiv den Vorrang vor den einzelnen Menschen gibt. Für uns ist der Staat um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.

Wir wissen um die Stärken und die Schwächen des Menschen und leben deshalb mit gelassener Skepsis gegenüber verabsolutierenden Ideen, vermeintlichen Eindeutigkeiten und radikalen Lösungen. Denn wir wissen: Politik gibt immer nur vorletzte Antworten. Wir setzen auf Alltagsvernunft, die Auseinanderstrebendes verbindet und in Zielkonflikten pragmatisch und verantwortlich abwägt. Denn wir sind überzeugt: Darin liegt der Kern einer menschenfreundlichen Politik, die eine gerechte Mitte sucht.

Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

Die CDU versteht sich als die Kraft, die Menschen wertschätzt und für das Morgen begeistert. Wir wollen den Herausforderungen der Zeit mit Vertrauen, Gestaltungskraft und Zuversicht begegnen. Die CDU will Sicherheit und Orientierung geben und die Menschen für die Zukunft gewinnen. Wir übernehmen Verantwortung zum Wohle aller. Wir bauen heute wie damals auf ein bleibendes und beständiges Wertefundament. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind auch im 21. Jahrhundert die Grundwerte unserer Politik, die uns in Verantwortung vor Gott und den Menschen leiten:

Freiheit ist für uns Freiheit in Verantwortung für sich selbst, die Gemeinschaft und die Natur. Sie verbindet die Entfaltung der Individuen mit der Verpflichtung auf das Gemeinwohl und der Verantwortung zwischen den Generationen. Sie bringt Leistungsbereitschaft hervor und führt zu verschiedensten Lebensentwürfen, deren Vielfalt wir achten und schützen. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue verteidigt werden.

Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur des Menschen. Sie beruht auf Wechselseitigkeit und begründet Ansprüche ebenso wie Pflichten. Solidarität wird vor allem im unmittelbaren Miteinander der Menschen gelebt – in den Familien, dem vielfältigen gesellschaftlichen Leben vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden. Solidarität durch die Gemeinschaft bedarf es dort, wo nur gesamtstaatliches Handeln sozialen Herausforderungen gerecht werden kann oder wo dies den Einzelnen und den kleinen Gemeinschaften nicht mehr angemessen gelingt.

Gerechtigkeit ermöglicht allen Menschen, ihre Fähigkeiten zu entfalten und angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben: Frauen und Männer, Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine gerechte Gesellschaft würdigt die Leistungen und sieht die Bedürfnisse des einzelnen Menschen und sorgt für eine angemessene Verteilung des Erwirtschafteten, auch über die Generationen hinweg.

Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal und konservativ

Auf der Basis des christlichen Menschenbildes vereint die CDU christlich-soziale, liberale und konservative Haltungen und Anliegen. Sie sind die Wurzeln für das Selbstverständnis der Union. Sie immer wieder miteinander in Einklang zu bringen, führt zu einer Politik von Maß und Mitte.

Wir als CDU sind christlich-sozial, weil wir den Menschen als Person und als soziales Wesen begreifen. Die Verantwortung für sich selbst und die Mitverantwortung für unsere Mitmenschen, die Gemeinschaft und die Natur sowie der Einsatz gerade für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, ergeben sich aus den Prinzipien der Subsidiarität, der Solidarität und des Gemeinwohls. Sie sind Grundlage christdemokratischen Gesellschaftsdenkens. Es bringt individuelle Freiheit und gesellschaftliche Solidarität, Eigenverantwortung gepaart mit Leistungsbereitschaft und Sozialstaat in eine Balance.

Wir als CDU sind liberal, weil wir an die Freiheit und Eigenverantwortung der Menschen glauben. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität, die Tag für Tag das Leben der Menschen verbessert. Wir wollen die Menschen nicht bevormunden, sondern ihre freie Entfaltung ermöglichen. Aus liberalem Selbstverständnis heraus bekennen wir uns zum Primat des Rechts und zur Gewaltenteilung, zu gesellschaftlichem Pluralismus und Vielfalt sowie zur Freiheit in Verantwortung in Sozialer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

Wir als CDU sind konservativ, weil wir Gegenwart und Zukunft im Wissen um Traditionen, kulturelle Prägung und Erfahrungen unserer Zivilisation

denken. Wir folgen Prinzipien und wägen immer wieder neu ab, wo wir uns verändern müssen. Mit dieser Grundhaltung können wir das Bewährte bewahren, ohne zu erstarren, und die Zukunft gestalten, ohne übereilt dem Zeitgeist zu folgen. Aus diesem Verständnis setzen wir uns für Recht und Ordnung, für Nachhaltigkeit und Klimaschutz, für Bildung, sozialen Ausgleich und Aufstiegschancen für alle ein. Denn so bewahren wir für die Menschen Freiheit, Sicherheit, Natur und Heimat. Wir stehen für einen weltoffenen Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt, statt ausgrenzt.

Christlich-sozial, liberal und konservativ verbinden sich zu etwas Eigenem, das christdemokratische Politik ausmacht und von anderen Politikentwürfen unterscheidet. Unsere Politik verbindet Selbstverantwortung und Subsidiarität, Freiheit und Pluralismus, Solidarität und Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, Soziale Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie, Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. Damit stehen wir als CDU für eine Politik, die im besten Sinne bürgerlich, weltoffen und zukunftsorientiert ist.

Unser Selbstverständnis

Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich, weil wir für eine offene Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen Werten zuzugehören. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie steht für ein Versprechen, in Deutschland mitwirken, seine Talente und Begabungen einbringen und aufsteigen zu können, für gesellschaftliche Integration und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die Unterstützung menschlicher Bindungen. Sie entfaltet besondere Kraft durch eine starke politische Verwurzelung vor Ort in Städten, Gemeinden und Kreisen.

Dieses Versprechen bürgerlicher Politik geht allerdings noch nicht für alle Menschen in Erfüllung, wenn sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, wegen ihres Glaubens oder ihres Alters, wegen einer Behinderung oder wegen anderer

Merkmale benachteiligt werden. Wir in der CDU treten solchen Benachteiligungen entgegen, denn sie widersprechen unseren Überzeugungen von Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit. Wir sind überzeugt, dass gleiche Rechte und faire Chancen für alle der Schlüssel zur Gerechtigkeit sind.

Bürgerliche Politik verbindet Individualismus und Gemeinwohlverpflichtung, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit. Sie vertraut den Menschen und stiftet Zuversicht für die Gestaltung der Zukunft. Denn eine freiheitliche Gesellschaft benötigt sowohl demokratisch gewählte Parlamente, politisch verantwortliche Regierungen und umsetzungsstarke Verwaltungen als auch eine aktive Bürgergesellschaft, wie sie in Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Vereinen und Initiativen gelebt und von vielen Ehrenamtlichen getragen wird. Das eine kann und darf das andere nicht ersetzen.

Bürgerliche Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre Aufgaben, aber sie überhöht den Staat nicht als Alleinversorger oder alleinigen Problemlöser. Sie will das Leistungsversprechen des Staates vital erhalten, wo nötig erneuern und setzt dabei auf haushaltspolitische Nachhaltigkeit. Sie erwartet von den Menschen, dass sie das Ihrige zum Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen, jeder nach seinen Kräften.

Unsere Werte, unsere Überzeugungen und unsere Zuversicht bewahren uns vor Endzeitstimmung und Absolutheitsansprüchen. Sie geben uns die notwendige Gelassenheit, um die Herausforderungen unserer Zeit zu analysieren, durchdachte und nachhaltige Lösungen zu finden und diese dann entschieden umzusetzen. Den Gefährdungen von innen und außen setzen wir Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit entgegen, unsere Offenheit und innere Wertegebundenheit sind dabei nicht verhandelbar. Wir können die Krisen der Gegenwart meistern und eine bessere Zukunft gestalten. Wir glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen.

Die CDU ist und bleibt Volkspartei. Wir vertrauen auf die Idee der Volkspartei und ihre Bedeutung für unsere Demokratie – heute und in der Zukunft. Gerade im digitalen Zeitalter, in dem die Foren der Meinungsäußerungen und die Formen der Meinungsbildung immer unübersichtlicher werden, ist es wichtig, unterschiedliche Stimmen und Interessen zusammenzuführen und Orientierung zu geben. Mehr denn je sind Volksparteien daher der Ort, an

dem der verfassungsrechtliche Auftrag zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung erfüllt werden kann.

Wir sind davon überzeugt, dass starke Volksparteien vor Zersplitterung, Populismus und Polarisierung bewahren. Wir sind weder einem einzelnen Milieu noch einem speziellen Thema verpflichtet. Wir sehen unseren Auftrag und unsere Verpflichtung für die Demokratie und den Rechtsstaat vielmehr darin, auf der Basis unserer Grundwerte als Volkspartei der Mitte ein einigendes Band für die Vielfalt der Interessen zu schaffen. Wir führen Menschen verschiedener Geschlechter, verschiedener Herkunft und vielfältiger Berufe, unterschiedlicher Bildung und Religion, mit oder ohne Behinderungen, jeden Alters und aus verschiedenen Milieus, vom Land und aus der Stadt zusammen und tragen so zur Stabilität unseres Gemeinwesens und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Es ist unser Anspruch als Volkspartei, sinnstiftende politische Heimat zu sein und allen offenzustehen, die sich auf der Grundlage unserer Werte an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen möchten. Das geschieht in besonderer Weise durch das Engagement unserer Mitglieder sowie das Engagement unserer Amts- und Mandatsträger vor Ort. In diesem Sinne versteht sich die CDU als Kommunalpartei.

Wir wollen auch in Zukunft Volkspartei mit einem Gestaltungsanspruch für unser Land und Europa sein. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Breite und Vielfalt der Gesellschaft in unserer Partei abzubilden. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Talente und Persönlichkeiten, offene und transparente Prozesse der Meinungsbildung sowie der faire und gleichberechtigte Umgang miteinander sind Voraussetzung dafür. Unser Anspruch ist, dass in der CDU Frauen und Männer – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter – selbstverständlich und partnerschaftlich Politik gestalten und ihre Interessen einbringen.

III. Wo wir hinwollen

Ein Land, das frei und sicher ist

Wir Christdemokraten werden geleitet von der Idee der Freiheit. Frei kann nur sein, wer in Sicherheit lebt. Sicherheit ist eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unser Land.

Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wir sind eine starke Demokratie. Wir haben leistungsfähige Sicherheitsbehörden und ein funktionierendes Rechtssystem. Wir sind Teil internationaler Bündnisse und Partnerschaften.

Freiheit und Sicherheit stehen heute unter Druck, werden von alten wie neuen Akteuren, von innen wie von außen bedroht.

Wir Christdemokraten werden allen Bedrohungen für unser Land und seine Menschen entschlossen entgegentreten. Wer unsere Grundwerte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem begegnen wir mit aller Härte.

Wir Christdemokraten wissen um unsere Verantwortung in Europa und der Welt. Wir wollen, dass Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird und sie mit Leben füllt.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Sicherheit für alle

Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit. Nur wer tatsächlich sicher in unserem Land lebt und sich zu Hause und in der Öffentlichkeit auch sicher fühlt, kann seine Freiheitsrechte in Anspruch nehmen. Kernaufgabe des demokratischen Rechtsstaates ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten sowie Recht und Gesetz durchzusetzen – in der analogen wie in der digitalen Welt. Wir wollen einen starken Staat, der die Menschen in Deutschland schützt und ihnen so viele Freiräume wie möglich lässt.

Für ein sicheres Leben braucht es starke Sicherheitsbehörden im Innern. Leistungsfähige Sicherheitsbehörden schützen unseren Rechtsstaat und ermöglichen Freiheit. Der Polizei obliegt die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Wir brauchen starke Sicherheitsbehörden für ein sicheres Leben und um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. Dazu setzen wir auf ausreichend und qualifiziertes Personal, eine gute Ausstattung und entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz sowie eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung aller Sicherheitsbehörden auch mit internationalen Partnern.

Sicherheit muss man fühlen können. Sicherheit beginnt an der Haustür. Im Alltag und in der Nachbarschaft ist sie für die Menschen besonders wichtig und spürbar. Polizei und Ordnungskräfte müssen deshalb noch sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Räumen sein. Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. Einer Verwahrlosung des öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für Kriminalität.

Wir setzen auf eine Gesellschaft, in der die Menschen aufeinander achten. Wir wollen eine Kultur des Hinsehens, mehr Respekt füreinander und mehr Zivilcourage. Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der die Menschen einander achten und füreinander da sind.

Unsere Einsatzkräfte verdienen Vertrauen und mehr Wertschätzung. Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit zu verteidigen. Einsatz- und Rettungskräfte sind konsequent gegen Angriffe zu schützen, auch durch weitere strafrechtliche Verschärfungen. Von unschätzbarem Wert sind Respekt, Rückhalt, Hilfe und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches Hilfswerk, die Hilfsorganisationen und unsere Rettungsdienste aus der Bevölkerung erhalten.

Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz! Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss umgehend bestraft werden. Wir wollen insbesondere Intensiv- und Serientäter härter bestrafen, kämpfen gegen organisierte Kriminalität, Banden- und Clankriminalität und setzen dabei dort an, wo es den Kriminellen am meisten weh tut:

beim Geld. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole sowie antisemitische und volksverhetzende Äußerungen müssen mit der ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.

Gerichtsverfahren müssen schneller werden. Unsere Justiz schützt die Freiheit der Menschen in unserem Land und sorgt für deren Sicherheit. Wir brauchen eine bessere personelle Ausstattung und einen Digitalisierungsschub für die Gerichte sowie weniger Instanzen. Darüber hinaus muss das Personal entlastet werden, vor allem mit Hilfe geeigneter technischer Prozesse und Unterstützung von Künstlicher Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen häufiger angewendet werden.

Opferschutz geht vor Täterschutz. Opfer von Straftaten sind oft traumatisiert und leiden oftmals lebenslang unter deren Folgen. Wir wollen die Opferhilfe verbessern und die Rechte der Opfer stärken. In der Aus- und Weiterbildung von Polizei und Justiz muss die psychosoziale Prozessbegleitung ein fester Bestandteil sein und dem Opferschutz mehr Gewicht gegeben werden.

Null Toleranz bei häuslicher Gewalt, sexuellem Missbrauch und Ausbeutung. Wir dürfen Opfer häuslicher Gewalt, vor allem Frauen und Kinder, nicht allein lassen. Ihr Schutz muss absolute Priorität haben. Wir müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den Betroffenen Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen und ausreichend präventiven Schutz zu gewähren. Insbesondere Frauen und Kinder müssen sich, auch im öffentlichen und digitalen Raum, sicher bewegen können und vor sexualisierter Gewalt und sexuellem Missbrauch geschützt werden. Sexuelle Ausbeutung, Menschenhandel und Prostitution sind mit der Würde von Menschen nicht vereinbar. Deshalb unterstützen wir ein Sexkaufverbot und Hilfen beim Ausstieg aus der Prostitution.

Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln. Es braucht flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. Qualitätsstandards für die Arbeit der Jugendämter und interdisziplinäre regionale Netzwerke sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern, Jugendlichen und Eltern schnell und entschlossen sein. Wir wollen den Kinderschutz vor allem auch in der digitalen Welt konsequent weiterentwickeln und

die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken. Dafür nehmen wir uns des Problems ganzheitlich an: Wir setzen auf Prävention und Opferschutz, stärken die Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden und Ämter, statten diese mit ausreichenden Ressourcen aus und verbessern die Hilfsstrukturen.

Grundrechte sind auch im digitalen Raum zu wahren. Die Wahrung und Durchsetzung der Grundrechte sowie rechtsstaatlicher Prinzipien sind Voraussetzung dafür, dass Digitalisierung Vertrauen und Akzeptanz findet. Unseren Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stellen wir zeitgemäße, effektive Werkzeuge zur Verfügung, die den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechen.

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Der Schutz der Menschen und die Sicherheitsinteressen unseres Staates müssen Vorrang vor Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Die Befugnisse in der analogen Welt müssen gleichwertig auch in der digitalen Welt zur Verfügung stehen. Diese müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden. Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des Netzes falschen Schutz erlangen. Im Kampf gegen schwerste Straftaten wie sexuellen Kindesmissbrauch oder um Terroranschläge zu verhindern, muss es möglich sein, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer zu speichern und nach richterlicher Anordnung auszulesen.

Wir bekämpfen Manipulationen im digitalen Raum. Wir müssen uns besser schützen vor Desinformationskampagnen von jeglichen, insbesondere ausländischen staatlichen Akteuren und Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene, zum Beispiel in Form von Deep Fakes, sind ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit eine Gefahr für die Demokratie. Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen Maßnahmen ergreifen, um digitale Einflussnahme und Desinformation einzudämmen und die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen.

Wir wollen die Sicherheitsarchitektur unseres Staates modernisieren. Unser Ziel ist ein bundesweit gleichermaßen hoher Standard bei allen Maßnahmen der Gefahrenabwehr. Dabei halten wir an der Aufgabenverteilung

zwischen Bund, Ländern und Kommunen fest. Der Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen muss deutlich verbessert werden: zwischen dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundespolizei, zwischen den Polizeibehörden der Länder und auch zwischen den Verfassungsschutzbehörden. Wir wollen das BKA beim länderübergreifenden, polizeilichen Informationsaustausch als Zentralstelle stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken.

Der Bund muss die Länder bei der inneren Sicherheit unterstützen können. Bedrohungen durch Extremismus, Terrorismus, Cyber-Angriffe oder Katastrophenfälle nehmen keine Rücksicht auf Ländergrenzen oder auf Grenzen von Bundesländern. Da nicht jedes Bundesland dagegen im gleichen Maße wehrfähig sein kann, muss in hochspezialisierten Sicherheitsbereichen eine freiwillige Übertragung von Kompetenzen der Gefahrenabwehr auf den Bund oder auf andere Bundesländer ermöglicht werden.

Deutschland muss besser vor Cyber-Angriffen geschützt werden. Wir wollen unsere Sicherheitsbehörden bei der Cyber-Sicherheit mit den notwendigen Befugnissen, mit Fachpersonal und moderner Infrastruktur ausstatten. Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen im Cyber-Raum genauso effektiv möglich sein wie im analogen Leben. Wo der Staat nicht selbst tätig sein darf, muss er die Bevölkerung verstärkt aufklären und informieren. Zusätzlich zu den Gefahrenabwehrkompetenzen der Länder wollen wir die Fähigkeiten des Bundes stärken, mit den erforderlichen Ressourcen auch hochspezialisierte und gemeingefährliche Cyber-Angriffe durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren.

Die Bundeswehr muss bei Bedarf auch im Inland eingesetzt werden dürfen. Bereits heute sieht das Grundgesetz vor, dass die Bundeswehr für bestimmte Aufgaben auch im Landesinneren herangezogen werden kann. Der Rahmen ist jedoch zu eng definiert. Das wollen wir zum Schutz der Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen nur die Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt, muss sie auch eingesetzt werden dürfen.

Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen. Zur Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften, zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung. Die Bürger müssen sich auf ein gut aufgestelltes Warnsystem verlassen können, sie sind aber auch selbst gefordert vorzusorgen. Der Bund muss im Bevölkerungsschutz lageabhängig handeln können. Auch die zivile Verteidigung für den Spannungs- oder Verteidigungsfall muss wieder gestärkt werden.

Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen Sicherheitsrat gebündelt in den Blick nehmen. Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Dementsprechend müssen die institutionellen Strukturen angepasst werden. Es braucht einen zentralen Ort der Koordination, der strategischen Vorausschau, der Krisenprävention und der Bündelung relevanter Erkenntnisse des Bundes und der Länder. Hierzu wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt einrichten.

Für eine wehrhafte Demokratie

Der Staat muss Feinde unserer Demokratie konsequent bekämpfen. Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten gefährden unsere Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen und unsere Freiheit und offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir antworten mit schlagkräftigen, vernetzten Sicherheitsbehörden, einer funktionsfähigen Justiz und wirksamen Nachrichtendiensten.

Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus. Wir brauchen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und Terror – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus, Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss Gefährder früher identifizieren und im Rahmen aller gesetzlichen Möglichkeiten überwachen können. Radikalisierungsprozesse müssen bereits in den Anfängen erkannt und unterbunden werden. Hierfür müssen Präventionsprogramme insbesondere in der schulischen und außerschulischen Bildung und in den Medien gestärkt und ausgebaut werden. Mittel für politische Bildung

dürfen weder einseitig noch an extremistische Gruppen verteilt werden. Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden müssen konsequent deren finanziellen Unterbau und deren Finanzströme aufklären.

Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen diese Formen des Extremismus mit voller Härte.

Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte Gefahren. Unser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine islamistische Ordnung auf Basis der Scharia anstreben. Denen sagen wir: Die Scharia gehört nicht zu Deutschland. Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir viel intensiver in den Blick nehmen. Wir dulden dabei keinerlei Rückzugsräume. Islamische Organisationen, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, dürfen weder Gesprächs- noch Vertragspartner sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden. Wir dulden nicht, dass Frauen im Namen der Religion entrechtet oder benachteiligt werden.

Judenhass und Antisemitismus dürfen in Deutschland keinen Platz haben. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können. Wir bekämpfen Judenhass und Antisemitismus, auch israelbezogenen Antisemitismus, mit aller Entschlossenheit – immer und überall. Dazu reichen harte Maßnahmen der Strafverfolgung allein nicht aus. Es braucht ein Signal der Gesellschaft: Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden. Wir lassen uns in Deutschland nicht einschüchtern von antisemitischen Gefährdern. Wir kämpfen gegen Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit und Relativismus.

Humanität und Ordnung

Die Außengrenzen der EU müssen besser geschützt werden. Wir in Europa müssen jederzeit wissen und Kontrolle darüber haben, wer warum über unsere Grenzen zu uns kommen will, wer sich bei uns aufhält und wer uns wieder verlässt. Die Einreise muss an den Außengrenzen der EU umfassend

elektronisch überwacht werden. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche und technische Grenzschutz, wo immer es nötig ist. Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen werden. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen. Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen überflüssig machen. Bis dahin müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Diese müssen prinzipiell mit der Zurückweisung von Personen verbunden werden, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.

Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung. Das europäische Asylrecht ist in der Praxis inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu arm, zu krank oder behindert ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Das jetzige europäische Asylrecht führt somit zu einem Recht des Stärkeren. Zudem müssen wir feststellen: Es gelingt Europa nicht länger, zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen zu unterscheiden. Wer es nach Europa geschafft hat, sucht sich das Land seines Aufenthaltes frei aus und bleibt – gleichgültig ob er unseres Schutzes bedarf oder unter dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert.

Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückerlangen. Wir wollen einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der humanitären Migration auf ein Maß, das die Möglichkeiten Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein.

Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getrof-

fen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des Schutzes frei auszusuchen, und gewähren keinen Schutzanspruch aufgrund einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.

Wir wollen Schutzbedürftige durch humanitäre Kontingente aufnehmen. Als Christdemokraten standen und stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung. Fluchtursachen wollen wir vor Ort bekämpfen. Vorrangiges Ziel ist es, Menschen in ihrer Heimat Lebensperspektiven zu eröffnen sowie Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge vornehmlich in der Nachbarschaft ihres Heimatlandes zu schützen. Wir haben in der Vergangenheit Menschen Schutz und Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer nicht aus einem EU-Mitgliedstaat nach Deutschland einreist, in seinem Herkunftsland politisch verfolgt wird und sich erfolgreich auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, soll Schutz in unserem Land finden. Wer in Deutschland Schutz sucht und die Sicherheit unseres Landes genießt, diese aber selbst gefährdet, darf nicht in Deutschland bleiben. Das Konzept der sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes die EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und auf ihre Mitgliedstaaten gerecht verteilt. Falls eine gemeinsame Einigung nicht möglich ist, sollte eine Koalition der Willigen vorangehen. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

Deutschland in der Welt

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verlangt einen fundamentalen Perspektivwechsel. Die Weltlage erfordert es, unsere geopolitische Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen ausrichten. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb von EU, NATO

und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll sich noch enger mit seinen Partnern abstimmen und in der Lage sein, gemeinsame Interessen mit diesen Partnern auch durchzusetzen. Eine starke transatlantische Freundschaft muss weiterhin das Fundament unserer Außenpolitik sein. Atlantisch bleiben, europäischer werden, ist Grundlage unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir setzen uns für eine Reform des UN-Sicherheitsrates ein.

Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden. Wir setzen bei unserer Außenpolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen Zusammenarbeit. Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale auftritt. Auf die geopolitischen Herausforderungen werden wir angemessen reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden. Deshalb wollen wir wirtschaftliche Abhängigkeiten verringern – insbesondere bei strategischen Wirtschaftsgütern, der Energieversorgung und kritischen Rohstoffen. Dies erreichen wir durch Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz sicherheitsrelevanter Technologien und digitaler Infrastrukturen sowie durch eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika, Partnern auf dem afrikanischen Kontinent und den Ländern des Indopazifiks und Zentralasiens.

Wir müssen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der Welt beitragen. Diese ethische Verpflichtung entspringt unserer christlichen Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen. Wir finden uns nicht damit ab, dass weltweit jeder zehnte Mensch unter Hunger und bitterer Armut leidet. Wir setzen auf Hilfe zur Selbsthilfe, die sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichtet. Erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften sind in unserem eigenen Interesse, etwa wenn es um Friedenssicherung und Konfliktlösungen, um die Verringerung von Fluchtursachen oder den globalen Klima- und Gesundheitsschutz geht. Sie muss zugleich besser gebündelt und mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit abgestimmt sein, um damit auch der Investitionsförderung im Rahmen der „Global Gateway Initiative“ der EU strategische Wirksamkeit zu verleihen. Sie soll strategischer an unseren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ausgerichtet und mit klaren Erwartungen und überprüfbaren Ergebnissen eingesetzt werden. Die

Mittel Deutschlands und der EU dürfen nicht in Länder und Organisationen fließen, die die Ziele Deutschlands und der EU nicht teilen oder eingegangene Verpflichtungen missachten. Damit begrenzen wir den Einfluss geopolitischer Rivalen und Wettbewerber. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche Initiativen stärker unterstützen.

Die Verbindung zu unserem Nachbarkontinent Afrika muss strategisch ausgebaut werden. Wir bilden im Rahmen der EU Partnerschaften mit den afrikanischen Ländern und unterstützen so den Weg zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und nachhaltiger Entwicklung. Wir begegnen ihnen auf Augenhöhe und stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit. Wir lassen nicht zu, dass an der europäischen Südflanke auf dem afrikanischen Kontinent mittel- bis langfristig eine Einflusszone systemischer Konkurrenten entsteht. Wir wollen die Afrikanische Union und andere regionale Zusammenschlüsse stärken, damit die afrikanischen Staaten für ihre eigene Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum sorgen können und das Ziel der kontinentalen Freihandelszone gelingt. Die Gesellschaften der afrikanischen Staaten sind für uns dafür unverzichtbare Partner.

Wir setzen uns für den Schutz universeller Menschenrechte ein. Die Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ist für unser Handeln unverrückbares Fundament. Wir lehnen jede Form der kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. Wir setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der Menschenrechte ein. Wir machen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen, für das Recht auf Religionsfreiheit und den Schutz religiöser Minderheiten stark. Der Schutz verfolgter Christen ist uns dabei ein besonderes Anliegen.

Die Wahrung des Völkerrechts und der Schutz der multilateralen Ordnung sind für uns unverhandelbar. Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren Partnern, auch im Krisenfall. So kann ein Russland, das einen verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung sowie die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, kein Partner sein. Vielmehr muss der verbrecherische Angriffskrieg mit aller Konsequenz

gerichtlich geahndet werden. Wir hoffen, dass ein anderes Russland eines Tages als kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner zurückgewonnen werden kann. Dafür muss Russland vor allem das Existenzrecht seiner Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren und auch so handeln. Bis dahin kann europäische Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden. Die Ukraine, die Opfer dieses Angriffskrieges ist, muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale Integrität die umfassende Unterstützung Deutschlands und der freien Demokratien des Westens haben. Das gilt auch auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Wir machen uns für wirkungsvolle Instrumente zur Durchsetzung des Völkerrechts stark.

Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Israels Existenzrecht und die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger sind für uns nicht verhandelbar. Israel hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Für die Sicherheit Israels und eine Entwicklung hin zur Zweistaatenlösung zu sorgen, bedeutet auch, sich für die Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen.

Wir stehen zur Bundeswehr

Wir wollen eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr. Deutschland muss sich den Realitäten der veränderten Weltlage stellen und dabei auch seiner Führungsverantwortung gerecht werden. Dafür müssen wir wieder in der Lage sein, das eigene Land, die Partner in der EU und das NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir brauchen modern ausgerüstete, kampfstarke, durchhaltefähige Streitkräfte und eine gut ausgebildete Reserve. Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und die Wehrpflicht in ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr überführen. Bis zu dieser Umsetzung fordern wir zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Einführung einer Kontingentwehrpflicht. Die Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei.

Die Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden. Die militärischen und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt und auf den militärischen Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell muss die Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Das Beschaffungswesen und die rüstungsindustrielle Basis müssen neu und strategisch ausgerichtet werden. Ziel

muss sein, die gravierenden Fähigkeitslücken auf hohem technologischem Niveau und wo immer möglich mit gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von maximal zehn Jahren zu schließen. Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Partner für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte werden, indem es gemeinsame Regelungen für den Export solcher Rüstungsgüter ermöglicht. Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich begrenztes Sondervermögen. Zur Finanzierung des Umbaus des Systems Bundeswehr und kampffähiger Streitkräfte wollen wir den EU- und NATO-Verpflichtungen umfassend entsprechen.

Wir stehen zu den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr. Sie dienen unserem Land. Als Staatsbürger in Uniform sind sie bereit, ihr Leben für unsere Freiheit einzusetzen. Dafür gebührt ihnen unsere allerhöchste Anerkennung und ein sichtbarer Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir unterstützen öffentliche Gelöbnisse, einen nationalen Ehrentag für die im Dienst verwundeten oder gefallenen Soldatinnen und Soldaten und für unsere Veteranen. Wir sind für eine regelmäßige Präsenz von Soldatinnen und Soldaten im täglichen Leben und auch zur Nachwuchsgewinnung an unseren Schulen. Wir wollen, dass herausragende militärische Leistungen deutlich höhere Anerkennung erfahren. Die Soldatinnen und Soldaten verdienen es, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber auch materiell attraktive Rahmenbedingungen bietet. Um den Personal- und Kompetenzbedarf der Streitkräfte langfristig zu sichern, darf es auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres Landes zugutekommen.

Wir müssen den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken. Die europäischen Partner innerhalb der NATO müssen eigenständig militärisch handeln können, wenn dies für die NATO als Ganzes nicht möglich ist. Die sicherheitspolitische und militärische Eigenständigkeit Europas im NATO- und EU-Rahmen wollen wir stärken. Die militärischen Strukturen europäischer NATO-Partner müssen noch stärker integriert werden, militärische Ausrüstung muss wo immer sinnvoll und möglich gemeinsam mit europäischen Partnern entwickelt und beschafft werden. Wir wollen, dass die Kooperation der wehrtechnischen Industrie in Europa länderübergreifend noch

konsequenter und zielgerichteter vorangetrieben wird, um langfristig wirtschaftlich und technologisch wettbewerbsfähig zu sein. Damit Deutschland auf europäischer Ebene anschlussfähig bleibt, muss sicherheits- und verteidigungsrelevante Forschungskooperation mit Hochschulen ermöglicht und gestärkt werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Auch die nukleare Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung soll mit unseren europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden. Im Bereich der äußeren Sicherheit ist unser langfristiges Ziel eine europäische Armee.

Politik für Europa in Frieden und Freiheit

Wir sind die deutsche Europapartei. Die europäische Idee hat Versöhnung über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für die dauerhafte Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst eine Politik für den Frieden in Freiheit. Wir stehen für ein nach innen und außen starkes, sicheres, demokratisches, geopolitisch handlungsfähiges, zukunftsorientiertes, wettbewerbsfähiges, soziales und bürgernahes Europa. Gerade weil die großen Herausforderungen unserer Zeit von keinem Nationalstaat allein bewältigt werden können, müssen wir die geostrategische Handlungsfähigkeit der EU und die Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen stärken. Der deutsch-französische Motor und das Weimarer Dreieck mit Polen sind dabei für uns elementar. Vor dem Hintergrund des zunehmenden internationalen Systemwettbewerbs und der anhaltenden Blockbildung setzen wir uns für eine starke europäische Stimme in der Welt ein. Die EU muss ein geopolitischer und weltpolitikfähiger Akteur werden.

Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft. Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarkts, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik, Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser Leitmotiv, Deregulierung und Bürokratieabbau unsere Pflicht. Wir setzen uns für

eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. Wir verstehen die EU als starke supranationale Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten. Wir stehen für eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität sowie der Verhältnismäßigkeit. Daraus leiten wir ab, dass wir europäisches Recht eins zu eins in nationales Recht umsetzen. Die Länder der EU müssen auch in Zukunft über die Verteilung der Zuständigkeiten entscheiden.

Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen. Wir sind offen für eine sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die EU. Zugleich erwarten wir einen Schutz des Identitätskerns unserer deutschen Verfassung und wollen sicherstellen, dass die vertragliche Kompetenzverteilung stetig überprüft und die Einhaltung wirksam kontrolliert wird. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Verfassungsgerichte innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gestärkt werden.

Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU substanziell stärken. Dazu wollen wir die EU und ihre inneren Prozesse reformieren. Entscheidungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden, unter anderem durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments; Gesetzesvorschläge, die am Ende einer Legislaturperiode nicht beschlossen sind, verfallen und müssen gegebenenfalls neu eingebracht werden. Die Europäische Kommission soll spürbar verkleinert werden. Die Instrumente der „verstärkten Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der Pioniere häufiger genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der EU hinaus zu vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken.

Das Versprechen der europäischen Integration für Beitrittskandidaten muss realistisch sein. Es darf keine Abstriche bei den Beitrittskriterien geben. Der Weg sollte schrittweise und mehrstufig über den Zugang zum Binnenmarkt, die Gewährung der vier Grundfreiheiten, die Teilnahme an europäischen Programmen sowie die Gewährung des Beobachterstatus hin zur Mitgliedschaft in der EU führen. Jeder Schritt soll auch für sich genommen

als dauerhafter Status im Sinne einer engeren nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein.

Wir treten entschieden für eine Stabilitäts- und Wachstumsunion ein. Wir wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir kategorisch ab. Den Stabilitätsmechanismus wollen wir zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Auch Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und einem zukünftigen Europäischen Währungsfonds können nur unter eindeutigen Konditionen vergeben werden. Weitere Ziele sind die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion, die Weiterentwicklung der europäischen Fiskalregeln im Sinne einer vorsorgenden Haushaltspolitik, die konsequente Sanktionierung von Verstößen gegen die Stabilitätskriterien und die Einführung von Insolvenzverfahren für Mitgliedstaaten. Die Europäische Zentralbank muss unabhängig bleiben. Sie darf keine monetäre Staatsfinanzierung betreiben. Eine Weiterentwicklung des einmaligen europäischen Wiederaufbaufonds zu einer Transferunion lehnen wir ab.

Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur. Die Staaten der EU müssen auf dem Feld der inneren Sicherheit enger zusammenrücken. Die für die Prävention und Strafverfolgung relevanten Daten müssen zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden so umfassend und schnell wie möglich ausgetauscht werden können. Wir wollen Europol zu einem „europäischen FBI“ weiterentwickeln. Die operativen polizeilichen Befugnisse sollen weiter bei den Mitgliedstaaten liegen.

Eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet

Wir Christdemokraten lassen uns leiten von dem Respekt vor der Individualität der Person. Wir schätzen die Vielfalt der Menschen. Aus dieser Vielfalt Zusammenhalt und Gemeinschaft zu schaffen, das ist seit jeher unser Anspruch, aus ihr ergibt sich unsere Stärke als Volkspartei.

Wir vertrauen den Menschen und wir trauen ihnen etwas zu.

Unsere Welt wird immer unübersichtlicher und schneller. Menschen sehnen sich in ihr nach Geborgenheit und Sicherheit. Wir leben aber auch in einer Welt, die Freiheiten gibt und voller Möglichkeiten ist. Unsere Politik will Orientierung und Zuversicht geben. Unsere Politik will ermutigen. Unsere Politik will zusammenführen.

Wir bieten ein Leitbild für eine Gemeinschaft, in der niemand allein gelassen wird und in der jeder Mensch Respekt erfährt. Wir bieten ein Leitbild für eine Gesellschaft, die gemeinsam in eine bessere Zukunft geht.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Unser einigendes Band

Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur. Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen und Regeln. Die doppelte Staatsbürgerschaft muss die Ausnahme bleiben, insbesondere soll sie künftig nicht mehr über Generationen weitervererbt werden. Wir sprechen uns für einen Generationenschnitt aus.

Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus. Wir sind stolz auf Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unsere vielfältige Kultur und unser kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und Kulturlandschaft, unsere christlichen Traditionen und das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld und die daraus resultierende Verantwortung nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik. Sie stehen für Einigkeit und Recht und Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates. Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23. Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur Lage der Nation“ werden.

Deutschland lebt vom Ehrenamt. Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein Staat zu machen. Die gesellschaftliche Leistung ist keine Selbstverständlichkeit. Es wird Zeit, Kraft und Herzblut geschenkt – im Sport, in Freiwilligen Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, bei der Integration, für den Umwelt- und Naturschutz, für die Kultur, die Kirchen, die Heimat und in der Politik. Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer gehören zu den wertvollsten Stützen einer lebendigen Demokratie. Wir wollen, dass ihre Leistung Respekt, Unterstützung und größere gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern, indem wir insbesondere Rechtsvorschriften und die Förderlandschaft vereinfachen und zu weitreichende Haftungsregeln abbauen. Der Mensch gehört in den Mittelpunkt, nicht das Ausfüllen von Formularen.

Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür brauchen wir Teilhabe und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei für uns Grundlage und Leitfaden. Das Wunsch- und Wahlrecht sowie individuelle Fähig- und Fertigkeiten wollen wir für ein selbstbestimmtes Leben weiter stärken. Die Belange der Eltern und Angehörigen von Menschen mit Behinderungen wollen wir unterstützen. Wir schätzen die professionelle Arbeit aller, die

Menschen mit Behinderungen den Alltag erleichtern. Letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist.

Familien geben Sicherheit

Ehe und Familie sind Keimzelle unserer Gesellschaft. Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie. Wir bekennen uns zu der Ehe als rechtlich verbindliche und auf Dauer angelegte Verbindung zweier Menschen, die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht. Familien in Deutschland sind vielfältig, dazu gehören auch gleichgeschlechtliche Ehen, Alleinerziehende oder Patchworkfamilien. Jede Familie ist einzigartig. Familie ist überall dort, wo Menschen miteinander dauerhaft verbunden oder verwandt sind und verbindlich – auch über Generationen hinweg – Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft füreinander einstehen. In Familien werden Werte vermittelt und soziales Miteinander, Partnerschaft und Solidarität geleistet. Hier wird der Sinn für Gerechtigkeit geschärft und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere praktisch gelebt. Damit sind Familien die Grundlage für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft. Familien geben Sicherheit.

Familien brauchen Freiräume. Die meisten Familien wünschen sich mehr Zeit. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle für verschiedene Lebensphasen ermöglichen. Wir bekennen uns zu Elternzeit und Elterngeld als familienpolitische Leistung. Am steuerlichen Ehegattensplitting halten wir fest und wollen zukünftig eine stärkere Berücksichtigung der Kinder. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien sichern und gerade auch alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche Familien stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit. Kinderarmut wollen wir aktiv bekämpfen.

Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung. Qualitativ hochwertige Kindertagesstätten und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen Orte, wo unsere Kleinsten Bildung erfahren. Dies ist vor allem für Kinder aus bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien wichtig, um ihnen die besten Startchancen zu geben und den Grundstein für den sozialen Aufstieg

zu legen. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes Personal.

Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten. Junge Menschen brauchen Mut, sich ohne Angst vor Fehlern auszuprobieren, zu widersprechen, das Hergebrachte infrage zu stellen, neue Wege zu gehen. Wir schätzen den Wert der Erfahrung genauso wie den frischen Blick auf die Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine bessere Zukunft gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein reiches Erbe an, aber sie stehen auch vor großen Herausforderungen. Die Verlängerung der Lebenszeit, der demografische Wandel und der Klimawandel machen es notwendig, erprobte Modelle des Arbeitens, Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens weiterzuentwickeln. Junge Menschen dürfen mit diesen großen Aufgaben nicht allein gelassen werden. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen, in dem das Versprechen gegenseitiger Fürsorge gelebt wird. Jede Generation hat das Recht, Zukunft in Freiheit zu gestalten. Wir wollen, dass jede Generation dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann.

Die Lebensleistung älterer Menschen anerkennen. Ältere Menschen sind mit ihrer Erfahrung ein großer Schatz für unsere Gesellschaft. Das Ehrenamt ist ohne sie um vieles ärmer. Ältere Menschen sind bereit, sich einzubringen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um sie einzuladen, mit Kindern, Jugendlichen, Eltern und Erwerbstätigen ein lebendiges Miteinander zu gestalten. Technologischer Fortschritt darf nicht zur Ausgrenzung führen.

Wir bekämpfen Einsamkeit. Die soziale Isolation in Deutschland nimmt zu. Dabei sind neben Älteren zunehmend junge Menschen davon betroffen. Die körperlichen, psychischen und gesellschaftlichen Auswirkungen werden jedoch vielfach unterschätzt. Wir wollen die Forschung zu Einsamkeit verstärken und begreifen die Bekämpfung von Einsamkeit als eine der großen sozialen Aufgaben der Zukunft.

Wir sind für Lebensschutz. Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Die geltende Rechtslage zum

Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote, Prävention und ein entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Der unantastbaren Würde des Menschen und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens räumen wir auch bei alten und schwer erkrankten Menschen den höchsten Stellenwert ein. Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für den Ausbau der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung ein.

Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist. Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, den Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gegenseitige Respekt voreinander folgen aus unserem Bild vom Menschen und prägen unser Verständnis von Partnerschaft im Zusammenleben in Ehe, Familie und Gesellschaft. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie Männer gleichermaßen mitwirken, ihre Stärken und Kompetenzen entfalten können und wertgeschätzt werden. Sie müssen die besten Chancen auf eine gute Bildung, faire und gleiche Löhne, sichere Arbeitsplätze und beruflichen Aufstieg erhalten.

Wir respektieren die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität. Einen ideologischen Genderbegriff lehnen wir ab. Das biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht veränderbar. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und transsexuelle Menschen besser unterstützen. Daneben leben Menschen heute in vielfältiger Form auch eine soziale Geschlechtlichkeit oder eine abweichende Geschlechtsidentität im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit. Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen.

Wir wollen Zusammenhalt statt Identitätspolitik. Es entspricht unserem historischen Selbstverständnis als Volkspartei, die vielfältigen berechtigten Interessen und Sichtweisen gesellschaftlicher Gruppen anzuerkennen und sie, wo notwendig, zu einem Ausgleich zu bringen und damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Ein identitätspolitisches Politikverständnis, das Gruppeninteressen verabsolutiert und damit zur Fragmentierung unserer Gesellschaft beiträgt, entspricht nicht unserem Menschenbild.

Religionen geben Halt

Wir erkennen die Kraft von Religionen an. Wir bekennen uns zum Gottesbezug unseres Grundgesetzes und wissen zugleich, dass unser freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht staatlich verordnen. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur Religionsfreiheit und zum geltenden Religionsverfassungsrecht, das die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates umsetzt und gleichzeitig Kooperationen ermöglicht. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz, sind kein Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen und kein Rechtfertigungsgrund für die Begehung von Straftaten. Das friedliche Zusammenleben der Religionen und der interreligiöse Dialog sind uns wichtig.

Deutschland ist ein christlich geprägtes Land. Unsere Kirchen und Gemeinden sind wichtige Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens. Sie sind gesellschaftspolitische Stabilitätsanker, die Menschen Orientierung geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. Die Kirchen und christlichen Wohlfahrtsverbände übernehmen – ebenso wie ihre nicht-konfessionellen Partner – mit Pflegediensten, Kindertagesstätten und Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, Krankenhäusern, Senioren- und Familienservices, der Bahnhofsmission und der Militär- und Telefonseelsorge eine wichtige Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole und Traditionen müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben, sie sind ebenso zu schützen wie der Sonntag und die christlichen Feiertage.

Jüdisches Leben gehört zu Deutschland. Das Judentum prägt unsere Kultur und Geschichte seit 1.700 Jahren. Deutschland trägt besondere Verantwortung für ein lebendiges und sicheres jüdisches Leben. Wir sind dankbar, dass

es heute wieder ein reiches jüdisches Leben in unserem Land gibt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, jüdisches Leben zu schützen und in Deutschland im Alltag wieder sichtbarer zu machen.

Muslime sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft. Viele von ihnen haben in Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland. Die wenigsten von den in Deutschland lebenden Muslimen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert. Wir unterstützen sie dabei, sich in Deutschland zu organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden des Grundgesetzes und seiner Werte. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden, Islamverbände, muslimische Organisationen und deutsche Muslime geben.

Heimat verbindet

Wir wissen um die Bedeutung von Heimat. Heimat ist Lebensgefühl. Menschen brauchen Heimat. Ein Ort, an dem sie sich geborgen, geschützt und sicher fühlen. Er wird geschaffen von Menschen und geformt von Natur, Kultur und gemeinsamen Werten. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition und Moderne. In ihr entwickeln sich Sprache, Brauchtum und Normen und damit entscheidende Zutaten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wollen Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies kann nur gelingen, wenn sie bereit sind, sich im Sinne unserer Leitkultur an unsere Art zu leben anzupassen und sich zu integrieren.

Das Recht auf die Heimat gilt fort. Wir treten in unserer historischen Verantwortung für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige

Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. Wir stehen an der Seite der Aussiedler und Spätaussiedler, die in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind, weil sie Deutsche sind. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest und bleiben Garant dafür, dass das Tor nach Deutschland offen bleibt.

Integration muss gefördert und eingefordert werden. Es ist unsere gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die gelungene Einwanderungs- und Integrationsgeschichte vieler Menschen zeigt, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung werden kann. Wer sich bei uns voll integriert und seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leistet, verdient unseren Respekt. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, was er mit uns gemeinsam erreichen will. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, je mehr der bisher für die zu uns kommenden Menschen prägende Kulturraum sich in seinen Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte leben und unsere Gesetze achten. Nur auf diesem Weg gelingt ein gutes Miteinander. Für eine erfolgreiche Integration wollen wir bestmögliche Bedingungen schaffen. Wir setzen dazu auf verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen.

Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft. Wir erwarten, dass jeder, der dauerhaft bei uns lebt oder leben will, die deutsche Sprache spricht. Nur so können Menschen in unserer Gesellschaft ankommen und sich einbringen. Eine gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für lebendige soziale Beziehungen und den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Daher setzen wir auf verpflichtende Sprachkurse und den praktischen Spracherwerb am Arbeitsplatz.

Ein Gesellschaftsjahr verbindet. Ein Gesellschaftsjahr für alle Schulabgänger ist eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Wir wollen, dass möglichst viele sozial-gesellschaftliche Bereiche und auch die Bundeswehr davon profitieren. Für das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche Regelung im ganzen Bundesgebiet.

Gesellschaft braucht Ankerpunkte

Deutschland muss Kulturnation bleiben. Unsere kulturelle Identität wird gleichermaßen geprägt von großartigen Denkmälern und Museen, fantastischen Orchestern und Theatern, Bibliotheken, weltbekannten Bands, Künstlerinnen, gefeierten Autoren, renommierten Architektinnen, einer kreativen Filmwirtschaft und einer innovativen Gamer-Community wie durch eine lebendige Breitenkultur. Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, fördern Kreativität und Wissen, bereichern die Freizeit und spenden Kraft, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und unser Leben – und sie sind auch ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in Stadt und Land. Sie machen Deutschland zu einem attraktiven Tourismusstandort. Wir definieren unseren politischen Auftrag darin, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne in die Freiheit des kulturellen Schaffens einzugreifen. Kultureinrichtungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung agieren und beispielsweise antisemitische Narrative verbreiten, dürfen keine staatliche Förderung erhalten. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab. Leitlinie unserer Politik bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und des geistigen Eigentums. Deshalb wollen wir auch aus urheberrechtlichen Gründen Transparenz schaffen, wenn Inhalte unter Verwendung von Künstlicher Intelligenz erstellt und veröffentlicht werden.

Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur. Wir wollen der eigenen Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbei-

träge und die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und an das besondere Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler sowie die Bewahrung ihres kulturellen Erbes im Bewusstsein des ganzen Volkes. Wir wollen die Erinnerung an die Aufbauleistung und Integration der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg stärken, die zu den großen Erfolgsgeschichten unseres Landes gehören. Sie kann auch eine Brücke zur heutigen Fluchtgeschichte vieler Menschen sein. Wir wollen eine offene, lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen wurde die Friedliche Revolution möglich.

Unsere Demokratie braucht freie Medien, sie braucht Meinungs- und Pressefreiheit. Dieses hohe Gut zu schützen, ist unverrückbare Aufgabe der staatlichen Gewalt. Es darf nicht missbraucht oder monopolisiert werden. Deswegen ist es eine Aufgabe von Medienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass ein fairer Wettbewerb stattfinden kann. Dies gilt insbesondere mit Blick auf internationale Digitalkonzerne und marktbeherrschende Plattformen, aber auch mit Blick auf das duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanstalten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich stärker auf seinen Kernauftrag konzentrieren. Ihm kommt in einer freiheitlich verfassten, pluralistischen Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er besser wahrnehmen muss. Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei. Für Beitragsstabilität muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen Finanzmitteln wirtschaftlich umgehen.

Unsere Gesellschaft braucht eine lebendige Debattenkultur. Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um den besten Weg machen unsere Demokratie stark. Viel zu oft reden wir übereinander statt miteinander. In unserer

beschleunigten Gesellschaft fehlen zunehmend Geduld und die Bereitschaft, sich auf andere Meinungen einzulassen. Die Debatten- und Gesprächskultur hat Schaden genommen – vor allem während der Corona-Pandemie. Soziale Medien verstärken das Erregungspotenzial und den Trend, sich lieber mit Gleichgesinnten auszutauschen, als sich mit den Argumenten anderer zu befassen. Wir wollen die Debattenkultur und den verantwortungsvollen Umgang in den sozialen Medien stärken, die Potenziale sozialer Medien für guten demokratischen Austausch nutzen und entsprechende Bildungsangebote fördern. Unser Ziel ist es, das Verbindende in den Vordergrund zu stellen.

Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-Zwang. Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur. Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert, erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen Behörden, Schulen, Hochschulen und anderen staatlichen Einrichtungen sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche Gender-Sprache verwendet wird.

Sport verbindet Menschen und vermittelt Werte. Er stärkt, aktiviert, begeistert und integriert. Sport vermittelt Kompetenzen für das ganze Leben und Werte wie Fairness, Verantwortung, Teamfähigkeit und Toleranz. Wir verstehen es als gesellschaftspolitische Aufgabe, unsere Sportvereine fit für die Zukunft zu machen und unsere Sportinfrastruktur zu stärken. Eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport zu. Er fördert nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung von Leistung, Anstrengung und Wettbewerb. Breiten- und Spitzensport bedingen einander. Sie fördern Gesundheit, Zusammenhalt und Wettbewerb.

Wir sind stolz auf unseren Leistungs- und Breitensport. Unser Ziel ist es, Talente früh zu erkennen und gezielt zu fördern. Gerade aus einem funktionierenden Breitensport erwachsen Nachwuchstalente für unser Land, aus denen oft unsere angesehenen und erfolgreichen Topathleten und Identifikationsfiguren reifen. Politik, Vereine und Verbände müssen zusammenwirken, um den Spitzensport bestmöglich zu unterstützen.

Gute Bildung ein Leben lang

Unser Bildungsideal setzt auf Leistung, Offenheit, Toleranz und Vielfalt. Unsere Vorstellung von Bildung und das dahinterstehende Menschenbild sind tief in der europäischen Kultur und im Christentum verwurzelt. Im Fokus unserer Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen und Fähigkeiten. Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt zur Leistung und dazu, sein Leben in selbstverantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Ungeachtet seiner Herkunft hat jedes Kind das Recht auf die bestmögliche Chance. Niemand soll bevorzugt oder benachteiligt werden.

Wir bauen auf elterliche Erziehungsverantwortung und Erziehungspartnerschaft. Wir bekennen uns zum Grundrecht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dies korrespondiert mit der Verantwortung der Eltern zur Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wir setzen in diesem Geiste auf eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern.

Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle. Wir wollen gleiche Startchancen für alle und setzen auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Jeder muss die Chance haben, seine Talente, Fähigkeiten und Begabungen bestmöglich zu entfalten und einzubringen. Wir setzen auf Leistung. Nur so kann Aufstieg unabhängig von der sozialen Herkunft gelingen. Daher streben wir ein differenziertes, auf die individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot an. Wir wollen Ungleiches ungleich behandeln auch bei einer individuellen Ressourcenzuweisung. Dazu gehört das gegliederte Schulsystem, dazu gehören auch freie und private Schulträger und dazu gehört die Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem Bildungssystem. Gemeinsamer Unterricht wirkt sich auch auf Kinder ohne Förderbedarf positiv aus und stärkt ihre soziale Kompetenz. Ein inklusives Schulsystem bedeutet eine Vielfalt von Förderansätzen und Förderorten, darunter Förderschulen. Wir halten am Prinzip der Wahlfreiheit fest. Denn für uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit wollen wir nutzen.

Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten. Es braucht besser aufeinander abgestimmte und vergleichbare Schulsysteme. Dies wollen wir über ein Kooperationsgebot zwischen den Ländern und eine Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. Es braucht dort mehr Verbindlichkeit, eine bessere Vergleichbarkeit der Schulformen und Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz. Wir stehen zum föderalen Bildungswesen und dem Wettbewerb um die besten Bildungskonzepte.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Daher wollen wir die Mittel dafür erhöhen – unabhängig von der Entwicklung des Bruttoinlandproduktes. Unser Ziel ist es, die Bildungsinvestitionen mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

Wir wollen gute Bildung von Anfang an. Unser Ziel ist es, die frühe Bildung bundesweit zu stärken. Dafür müssen wir Kindertagesstätten und Schulen insbesondere in sozialen Brennpunkten stärker unterstützen. Wir wollen Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen stärker zusammendenken. Das schaffen wir, indem die Länder verpflichtende, institutionenübergreifende Bildungspläne einführen. Die Länder sollen verbindliche bundeseinheitliche Qualitätsmindeststandards festlegen. Insbesondere in den ersten Lebensjahren ist es wichtig, dass Kinder auch motorische Fähigkeiten und Bewegungsfreude entwickeln und lernen, sich zu konzentrieren.

Das Erlernen der Bildungssprache Deutsch hat Priorität. Jedes Kind soll im Alter von vier Jahren einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest durchlaufen. Kinder mit Förderbedarf müssen zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichtet werden.

Lesen, Schreiben, Rechnen sind die Grundlage für Bildungserfolg. Auf sie muss insbesondere in den ersten Schuljahren der Schwerpunkt gelegt werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Dabei kann Bildung weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein – sie muss die Vielfalt der demokratischen Meinungen abbilden, darf jedoch nicht überwältigend

sein. Politische und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen Extremismus. Musische, künstlerische, religiöse und philosophische Bildung fördern eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Bildung für nachhaltige Entwicklung fördert verantwortungsvolles Handeln für künftige Generationen. Wir treten dafür ein, dass Religionsunterricht in allen Bundesländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet generell in deutscher Sprache statt. Wer nicht am Religionsunterricht teilnimmt, soll das Fach Ethik wählen können.

Bildungseinrichtungen müssen Zukunftswerkstätten sein. Wir wollen Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken stärken. Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitale Schlüsselkompetenzen müssen ausgebaut werden. In allen Schulformen muss eine praxisnahe Berufsorientierung ermöglicht werden, in der berufliche und akademische Bildung gleichwertig vorgestellt werden. Die Themen Wirtschaft und Recht als Basis von Wohlstand und Demokratie müssen schon in den Schulen vermittelt werden.

Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung. Dabei muss sich Schule als ein lernendes System entwickeln. Nicht nur für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder mit spielerischen Instrumenten zum Lernen zu motivieren. Gleichzeitig wollen wir ihnen einen verantwortungsbewussten Umgang mit der digitalen Welt vermitteln. Digitale Lernsysteme können den Unterricht bereichern, sie können die Lehrkraft aber nicht ersetzen. Präsenzunterricht hat für uns Priorität. Denn Schulen sind nicht nur Lern-, sondern wichtige Lebensorte für Kinder und Jugendliche.

Der Lernort Schule muss gelingen. Aufgabe der Schule ist es, möglichst allen Schülern zu einem Abschluss zu verhelfen. Dazu wollen wir gelingende multiprofessionelle Kooperationen an unseren Schulen, in denen das gesamte Personal an der Schule unter Einschluss der Lehrkräfte, der Jugend-

hilfe, der Schulsozialarbeit und Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet. Für Lehrer und Schüler muss die Schule ein sicherer Ort sein.

Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Wir wollen, dass Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe erhalten, und wir ermutigen junge Menschen, sich für eine berufliche Ausbildung zu entscheiden. Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb und die beste Vorbereitung auf den Eintritt in die Erwerbsgesellschaft. Diese Stärke wollen wir dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Dazu braucht es ansprechende und moderne berufsbildende Schulen. Wir wollen die deutschlandweite und internationale Mobilität von Auszubildenden fördern. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden wir weiter verbessern. Die Höhere Berufsbildung muss eine deutsche Qualitätsmarke bleiben. Ihre Abschlüsse wie Meister, Fachwirt, Techniker oder Bachelor Professional müssen gleichwertig zur akademischen Ausbildung im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der europaweiten Anerkennung werden. Seiner Bedeutung entsprechend werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich verankern.

Unser Ziel ist es, dass jeder junge Erwachsene einen Berufsabschluss macht. Jeder Ausbildungsinteressierte soll frühestmöglich einen Berufsabschluss erwerben können. Dazu wollen wir das Übergangssystem zu einem Chancensystem hin zu beruflicher Ausbildung weiterentwickeln. Dabei leitet uns die fortlaufende Orientierung an den individuellen Stärken und Fähigkeiten der jungen Menschen. Gleichzeitig wollen wir die Vermittlung auf dem Ausbildungsmarkt weiter verbessern. Für bestmöglich qualifizierte Fachkräfte bleibt die duale Ausbildung der Königsweg.

Studium, Forschung und Lehre brauchen Qualität. Hierfür ist eine starke und zuverlässig gewährte finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Wir brauchen Spitzenstudienbedingungen. Deshalb müssen wir die Studienumgebungen einschließlich des Wohnungsangebots weiter verbessern, sodass sich mehr exzellente Studenten für Deutschland entscheiden. Wir setzen auf ein Hochschulsystem, das auf Leistungsorientierung basiert.

Unser Ziel ist es aber auch, gleiche Ausgangschancen für alle Studenten zu schaffen und dabei die individuelle Leistungsbereitschaft zu fördern. Wir wollen das elternabhängige BAföG als Sozialleistung, die KfW-Studienkredite und die Begabtenförderwerke stärken – aber auch Arbeit neben dem Studium nicht hemmen. Unser Ansatz beinhaltet die Schaffung eines differenzierten und individuell anpassbaren Bildungsangebots. Wir brauchen Anreize, damit Absolventen in Deutschland leben, arbeiten und Unternehmen gründen. Das duale Studium leistet einen wertvollen Beitrag zur Absicherung des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland.

Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein. In einer sich stetig wandelnden Gesellschaft sind wir alle gefragt, das ganze Leben lang dazuzulernen, neugierig und aktiv zu bleiben. Wir wollen die berufliche Weiterbildung stärken, indem wir den Weiterbildungsmarkt zu einem nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln. Wir begreifen auch die Weiter- und Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe. Um gerade bei schneller technologischer Entwicklung Teilhabe zu garantieren, braucht es eine breite Palette an Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten, auch an den Hochschulen.

Mit Exzellenz in die Zukunft

Unser Leitbild ist eine innovative, leistungsfähige Wissenschaft. Wir treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein. Keine Theorie oder politische Ideologie ist im Besitz der absoluten Wahrheit. Allen Bestrebungen, die offene und freie Debattenkultur in Forschung und Lehre zu beschneiden, werden wir uns widersetzen. Wir streben ein Wissenschaftssystem mit eigenverantwortlichen, konkurrierenden und kooperierenden Hochschulen an. Wir wollen die Wissenschaftslandschaft sowohl in der Spitzenforschung als auch in der Breite stärken. Hierzu gehören attraktive Karrierewege in der Wissenschaft. Die Exzellenz unserer Grundlagenforschung müssen wir erhalten. Die Kooperationen mit der unternehmerischen Praxis müssen wir weiter ausbauen. Wir verlangen innovationsfördernde regulatorische Rahmenbedingungen. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse sollen grundsätzlich frei zugänglich sein.

Wir stehen für mehr Gleichstellung und Vielfalt. Exzellente Wissenschaft braucht Vielfalt und Originalität. Dazu gehört ein breites Spektrum an Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen ebenso wie transparente und faire Auswahlprozesse, die Familie und wissenschaftliche Karriere unabhängig vom Geschlecht ermöglichen.

Es braucht mehr wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Die Forschungsrahmenprogramme müssen als Innovationsmotoren der Kern der künftigen europäischen Forschungspolitik bleiben. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen muss der Zugang dazu erleichtert werden. Hochschulen sollen noch strategischer und enger mit anderen Hochschulen in der EU kooperieren können. Dafür müssen rechtliche und bürokratische Hindernisse abgebaut werden. Forscher sollen forschen und nicht unnötige Formulare ausfüllen müssen.

Wir wollen mit Kreativität und Know-how die Zukunft gestalten. Wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Datenökonomie, Automatisierung, Künstliche Intelligenz, Robotik und Genmedizin erlauben ungeahnte Steigerungen in Produktivität und Qualität. Wir wollen diesen Fortschritt für unser Land und seine Menschen nutzen. Die Menschenwürde bleibt für uns auch dabei unantastbar. Dank unserer innovativen Forschung und Entwicklung sind wir in der Lage, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Wir sind Technologie-Optimisten. Wir wollen Räume für Sprunginnovationen schaffen. Hierzu setzen wir auf mehr Unternehmertum aus der Wissenschaft. Ihnen wollen wir Hochleistungsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Deutschland muss ein Land der Talente und Ideen bleiben.

Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft

Wir Christdemokraten setzen auf das erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab aus dem christlichen Menschenbild und ist als Werte-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Wettbewerb, Chancengerechtigkeit,

Selbstverantwortung, Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, private Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Subsidiarität und Solidarität ausgestaltet. Sie vereint den Grundsatz der Freiheit, die Kraft des Marktes und die Bereitschaft zur Verantwortung füreinander.

Sie hat zu Wirtschaftswunder, jahrzehntelangem Wachstum, Rekordbeschäftigung, soliden Haushalten, Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt. Sie ist auch zum Leitbild der EU geworden.

Heute ist ganz Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaftsnation mit fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und exzellenten Ingenieurinnen. Wir sind das Land des Mittelstands, der Familienunternehmen, der Hidden Champions, des Handwerks, der innovativen Gründer und weltweit erfolgreicher Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bietet die beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung.

In Zeiten großer Umbrüche und wachsender Herausforderungen müssen wir das Wohlstandsversprechen erneuern. Dabei setzen wir auf den Schutz des Eigentums, das Prinzip der Nachhaltigkeit, auf Ideenreichtum und Technologieoffenheit, die Kraft des Aufbruchs und der Digitalisierung, auf fairen Wettbewerb, freien Handel, größere wirtschaftliche Souveränität und soziale Verantwortung.

Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und Steuerungsmechanismen des Marktes, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Wohlstand für alle

Wohlstand bedeutet mehr als Eigentum und Einkommen. Wohlstand gibt dem Einzelnen wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität. Wohlstand sichert aber auch Teilhabe an Umwelt, Heimat und Gesellschaft und ermöglicht den

Erwerb von Eigentum und Vermögen. Jeder, der mit anpackt, muss es zu Aufstieg und Wohlstand bringen können, ungeachtet von Herkunft, sozialem Status, persönlichen Präferenzen. Wohlstand entsteht durch Millionen individuelle Entscheidungen, der Staat setzt lediglich den Rahmen für diese Entscheidungen.

Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Wir setzen auf die Kraft des technologischen Fortschritts. Er verbessert unser Leben. Er ist Treiber für Wachstum und Voraussetzung dafür, dass Wohlstand für alle entsteht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf weniger Wachstum und einen Wohlstand ohne Leistung und Anstrengung setzt. Eine Politik, die das Ziel nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums aufgibt, ist eine Politik des Niedergangs.

Wir setzen auf einen starken Mittelstand. Unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind das Herz und die Seele unserer starken Volkswirtschaft. Eine konsequente Mittelstandspolitik ist daher Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung und für eine breite Wachstumsdynamik. Rechtliche Rahmenbedingungen müssen immer zuerst aus dem Blickwinkel des Mittelstands gedacht, bürokratische und steuerliche Belastungen reduziert werden. Wir werben für eine positive gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum. Mittelständische Betriebe, das Handwerk, eigentümergeführte und Familienunternehmen, Dienstleister, Selbständige, freie Berufe, Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel haben in unserem Land eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen und zu unterstützen.

Deutschland muss führendes Industrieland bleiben. Die Industrie spielt bei unserer Wertschöpfung eine bedeutende Rolle. Die Stärke der deutschen Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist wesentlich für unsere strategische Resilienz. Wir werden den industriellen Kern unserer Wirtschaft stärken. Wir brauchen eine Wachstumsagenda mit Strukturreformen, die großen wie mittelständischen Unternehmen gleichermaßen zugutekommt: einen konsequenten Bürokratieabbau und weniger Regulierung, niedrige Steuern, ein sicheres, größeres und bezahlbares Energieangebot, gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive

für Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unseres Industriestandortes. Gleichzeitig müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland attraktiver für neue industrielle Geschäftsfelder wird. Wir werden deshalb der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz einen deutlich höheren Stellenwert einräumen.

Der europäische Binnenmarkt muss wettbewerbsfähig bleiben. Er gehört zu den größten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses und hat den Wohlstand in Europa gemehrt. Für internationale Wettbewerbsfähigkeit setzen wir konsequent auf marktwirtschaftliche Instrumente, Entlastung, Deregulierung und Bürokratieabbau, Subsidiarität, Anreize, Innovation und Technologieoffenheit. Europäisches Recht setzen wir eins zu eins in nationales Recht um. Zudem setzen wir auf die geopolitische Souveränität Europas bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und wichtigen Wirtschaftsgütern. Wir wollen durch europäische Forschungskooperationen Spitzentechnologie unterstützen. Unser Ziel ist ein souveräner europäischer digitaler Binnenmarkt mit einheitlichen Regeln für Unternehmen, damit diese schneller und einfacher skalieren können. Auch der Energiebinnenmarkt muss ausgebaut und vollendet werden.

Wir bekennen uns zum Freihandel. Protektionismus und unlautere Handelspraktiken lehnen wir ab. Freier Handel muss regelbasiert sein, damit er den weltweiten Wohlstand mehrt – auch unseren. Wir bekennen uns zu den Prinzipien des freien Welthandels und wollen neue Handelsabkommen abschließen. Unsere Handelspolitik basiert auf Wechselseitigkeit und strategischen Allianzen. Wir streben weltweit Verbesserungen beim Marktzugang für europäische Güter und Dienstleistungen an. Handelsabkommen dienen der Verbesserung der Handelsbeziehungen und dürfen nicht mit wirtschaftsfremden Themen überfrachtet werden. Zudem machen wir uns für die Freiheit der Handelswege stark. Diese müssen wir gegebenenfalls auch militärisch schützen.

Zu große und einseitige Abhängigkeiten lehnen wir ab. Wo möglich, begegnen wir diesem Risiko durch eine Handelsintegration mit unterschiedlichen, möglichst verlässlichen Partnern. Wo nötig, unterstützen wir den Aufbau eigener Kapazitäten in Deutschland und der EU, um wirtschaftlich souveräner

und unabhängiger zu sein. Wir schützen unsere kritischen Infrastrukturen und Unternehmen vor Übernahmen durch systemische Rivalen. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität.

Wir wollen unseren Rohstoffhandel breit aufstellen. Mit einer größeren Zahl an europäischen, transatlantischen und internationalen Rohstoffpartnerschaften wollen wir einseitigen und riskanten Abhängigkeiten entgegenwirken. Wir setzen auf De-Risking. Durch die Bevorratung strategischer Rohstoffe ist es möglich, schnell und flexibel auf Marktschwankungen zu reagieren. Dies ist zunächst eine privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch koordinierte staatliche Unterstützung für Krisensituationen.

Europa muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Ausbau strategischer Basis- und Schlüsseltechnologien ermöglichen. Die Bedeutung digitaler Technologien für unsere Sicherheit, aber auch unseren Wohlstand und unseren Alltag allgemein wächst stetig. Wir sind als Europa in vielen Technologiebereichen abhängig von anderen Akteuren. Um künftig unsere Werte und unseren Platz auch in der digitalen Welt sichern zu können, müssen wir in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Quantencomputing eine führende Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die Spielregeln mitzubestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa, das seine Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen auch in Technologiefragen selbstbewusst vertritt und mit eigenen Fähigkeiten untermauert.

Wir wollen einen innovationsoffenen Rahmen setzen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, einen Rahmen für Innovationen zu setzen und leistungsfähige Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Innovationen entstehen in Unternehmen: Sie brauchen Freiräume, um führende Technologien, Anwendungen und neue Arbeitswelten zu entwickeln. Wir müssen Schluss machen mit der Idee, dass der Staat besser weiß, wie sich Menschen und Unternehmen für die Zukunft aufstellen. Freiheit ist Innovationstreiber, Verbote sind es nicht.

Deutschland braucht eine neue Gründerzeit. Unser Land war schon immer geprägt von seinem Innovations- und Unternehmergeist. Bei technologischen Durchbrüchen und Sprunginnovationen muss Deutschland wieder Weltspitze werden. Wir unterstützen jene, die bereit sind, unternehmerische

Risiken zu tragen und Verantwortung für sich und ihre Beschäftigten zu übernehmen. Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen erheblich verbessert werden. Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein Fußballspiel dauern. Mit Gründerschutzzonen in der Startphase wollen wir bürokratie- und regulierungsfreie Räume schaffen. Wir setzen uns ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen.

Wissenschaft und Wirtschaft müssen mehr zusammenarbeiten. In der Kooperation von Unternehmen, Hochschulen und Forschungszentren liegen enorme Chancen, die wir stärker nutzen wollen. Die stärkere Unterstützung von Hochschulen bei gleichzeitiger Erhaltung der Unabhängigkeit der Wissenschaft begrüßen wir ausdrücklich. Wir setzen uns für mehr Unternehmergeist und Ausgründungen aus der Wissenschaft ein. Wir brauchen mehr verfügbares Investitionskapital und bessere Rahmenbedingungen. Hierfür bedarf es eines strategischen Ansatzes auch in Form einer nationalen Ausgründungs- und Patentstrategie.

Datenschätze müssen zum Wohle aller genutzt werden. Wir wollen die automatisierte Erhebung und Nutzung von Daten fördern, denn nur mit Daten können uns Durchbrüche bei Künstlicher Intelligenz gelingen. Dazu erhöhen wir die Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Daten und heben deren Innovationspotenziale. Wir setzen vor allem auf Open Data als große Chance für Innovationen und Wachstum. Die Achtung von Persönlichkeitsrechten, des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte sowie des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind dafür Grundvoraussetzung.

Der Datenschutz muss einfacher und innovationsfreundlicher werden. Wir denken Datenschutz neu. Anstelle von Datenminimierung etablieren wir die Prinzipien Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards erfüllen. Darüber hinaus bündeln wir die Datenschutzaufsicht und setzen uns für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.

Für wettbewerbsfähige Steuern

Steuern dienen der Finanzierung des Staates und seiner Aufgaben. Je mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. Unser Ziel ist eine möglichst geringe Steuerlast. Die Staatsquote muss sinken. Denn wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften.

Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik. Das Steuersystem spielt eine wichtige Rolle für unsere wirtschaftliche Ordnung und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Steuern sollen Leistungsanreize bewahren: Damit die Menschen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, muss sich diese Leistung auch individuell lohnen. Steuern sollen dazu beitragen, den Markt in richtige Bahnen zu lenken: Wo Anreize nötig sind, um den Markt auf langfristige Perspektiven oder akute Notwendigkeiten auszurichten, sind steuerliche Anpassungen das Mittel der Wahl. Dies gilt auch für Anreize zur CO2-Einsparung. Diese Anreize sollen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Das Steuersystem muss im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein.

Unser Steuersystem muss einfacher, transparenter und gerechter werden. Der Maßstab für die Besteuerung ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept von der Unternehmens- bis zur Einkommensteuer. Es muss Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzen und für Vertrauen und Rechtssicherheit sorgen. Anreize sind die Grundlage für Investitionen und Konsum. Wir haben immer die Interessen aller Steuer- und Beitragszahler im Blick. Daher müssen auch die anderen Abgaben auf Transparenz, Gerechtigkeit und Vereinfachung geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Wir wollen die arbeitende Mitte entlasten. Starke Schultern müssen weiterhin mehr tragen. Wir halten daher am linear-progressiven Einkommensteuertarif fest. Der „Mittelstandsbauch“ bestraft Millionen Leistungsträger. Wir wollen den Einkommensteuertarif anpassen und spürbar abflachen. Die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz greift, soll deutlich erhöht werden. Auch im unteren Einkommensbereich sorgen wir für spürbare Entlastungen, vor allem bei den Sozialversicherungsbeiträgen.

Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmensteuer. Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichen höhere Löhne, mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. Wir wollen eine rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung auf den Weg bringen. Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine verlässliche und auskömmliche Finanzausstattung, die zugleich Anreize zur wirtschaftlichen Initiative und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen setzt. Familienunternehmen wollen wir in der Erbfolge nicht in der Substanz belasten und Unternehmensnachfolgen vereinfachen, damit auch die nächsten Generationen das Unternehmen weiterführen können. Eine Vermögensteuer lehnen wir ab.

Arbeit ist sinnstiftend

Arbeit gehört zur persönlichen Selbstentfaltung. Arbeit ist sinnstiftend und Ausdruck von Teilhabe und menschlicher Würde. Wir haben ein positives Bild von Arbeit: Jeder Einzelne soll nach seinem Talent anpacken und mitgestalten und dies mit Optimismus und Zuversicht tun können. Arbeit ist auch ein Weg zu individuellem Wohlstand. Ein bedingungs- und anreizloses Grundeinkommen lehnen wir entschieden ab. Es entspricht nicht unserem Menschen- und Gesellschaftsbild. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt unser Leitbild für einen starken Arbeitsmarkt.

Arbeit ist vielfältig. Erwerbsarbeit und ihre gerechte Entlohnung stiften die materielle Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Ein Beitrag zum Gemeinwesen besteht aber nicht nur in Erwerbsarbeit, auch in der Erziehung von Kindern, der häuslichen Pflege, im Ehrenamt und anderswo sind Menschen als arbeitende Leistungsträger füreinander da. Leistungsträger erkennt man nicht nur an der Höhe des Einkommens.

Leistung muss sich lohnen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Nur wenn die eigene Anstrengung auch belohnt wird, gibt es einen selbstbestimmten Weg zu Eigentum und Vermögen und gesellschaftlichem Wohlstand. Wer mehr arbeiten möchte als bisher, soll dazu attraktive Rahmenbedingungen vorfinden. Deshalb wollen wir Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei stellen.

Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft. Das kann auch eine öffentliche, gemeinnützige Beschäftigung beinhalten. Wer arbeitsfähig ist, Sozialleistungen erhält und sich angebotener Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung verweigert, muss finanziell spürbar schlechter stehen als jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht. Das ist Solidarität gegenüber denjenigen, die arbeiten und mit ihren Steuern und Beiträgen die Sozialleistungen finanzieren. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss immer gelten.

Wir beheben den Fachkräftemangel. Das inländische Arbeits- und Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft und das Arbeitsvolumen erhöht werden. Wir helfen Schulabbrechern und Menschen ohne Ausbildung durch niedrigschwellige Angebote zur Qualifizierung, eine Arbeit zu finden. Wir tragen Sorge dafür, dass angehende Schulabsolventen auf ihrem Weg in Ausbildung oder Studium besser begleitet werden, um die Abbrecherquoten zu senken. Wir wollen die Erwerbstätigkeit von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen und steuerliche Anreize fördern und die bereinigte Lohnlücke schließen. Das Fach- und Arbeitskräftepotenzial von Menschen mit Behinderungen wollen wir ausschöpfen. Zudem wollen wir die Erfahrung und die Kompetenz älterer Menschen für den Arbeitsmarkt nutzen. Um Arbeit im Alter attraktiv zu machen, wollen wir eine Aktivrente einführen: Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte, sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen. Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und Fachkräftemangel.

Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa und der Welt. Wir wollen für sie ein attraktiver und lebenswerter Standort sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig durch die gesteuerte Einwanderung von Arbeits- und Fachkräften entgegenwirken. Die berufliche Qualifikation muss dafür das entscheidende Kriterium sein. Auch damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme. Entsprechende Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen wollen wir beschleunigen und vereinfachen, ohne die Anforderungen zu

senken. Dazu werden wir unter anderem eine neue digitale Agentur für Einwanderung aufbauen, die die deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden entlastet.

Für ein solidarisches Miteinander

Wir wollen einen starken Sozialstaat. Jeder soll sich darauf verlassen können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich braucht. Das ist für uns soziale Gerechtigkeit. Das setzt voraus, dass sich jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten in diese Solidargemeinschaft einbringt. Solidarische Unterstützung soll daher wo immer möglich zu Eigenverantwortung und Teilhabe befähigen. Wir stehen für eine soziale Politik, die die aktivierende Vorsorge in den Mittelpunkt stellt und dem Subsidiaritätsprinzip folgt. Unser Sozialsystem ist auf eine starke Wirtschaft mit vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen deshalb stets mitbedenken, dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen und setzen deshalb auch hier auf Generationengerechtigkeit. In den Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den Finanzbeziehungen geschaffen werden. Der Gesamtbeitrag zu den Sozialversicherungen muss stabil niedrig gehalten werden, um die Belastung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten zu begrenzen.

Wir wollen einen effizienteren Sozialstaat. Dazu werden wir möglichst viele soziale Leistungen zusammenfassen, Rechtsvorschriften verständlicher machen und die Bürger persönlicher begleiten. Wir streben einen vollautomatisierten, intelligenten Datenabgleich an.

Wir wollen die Tarifpartnerschaft und die Mitbestimmung stärken. Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hat als eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne, berechenbare Kosten, gute und gesunde Arbeitsbedingungen sowie höhere Einzahlungen in die Sozialversicherungen. Deshalb streben wir einen hohen Grad an Tarifbindung an. Dazu wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen zudem auf Öffnungsklauseln, damit die Sozialpartner flexibler verhandeln

können. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist.

Wir wollen alle Beschäftigten an einer guten Lohnentwicklung beteiligen. Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner und Arbeitsvertragsparteien bleiben. Die Politik darf hier keinen direkten Einfluss haben. Für uns ist klar, dass der Lohn immer auch Ausdruck von Leistung und Produktivität sein muss. Gleichzeitig gilt, wer Vollzeit arbeitet, muss auch selbst davon leben können. Der Mindestlohn ist daher ein wichtiger Teil der Arbeitsmarktordnung. Damit sich Arbeit auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wieder mehr lohnt, wollen wir die Löhne von Steuern und Beiträgen entlasten. Gute Löhne in Abstand zu zielgenauen Sozialleistungen für Bedürftige sind Anreiz für eigenverantwortliche Erwerbstätigkeit.

Für eine sichere Altersvorsorge

Wir werden die Rente langfristig sichern. Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Deshalb werden wir langfristig sicherstellen, dass die gesetzliche Rente für Menschen, die 45 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt.

Es braucht in der Rente differenzierte Lösungen. Es gibt viele Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nur noch teilweise bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können und deren tatsächliche Belastung bei der ausgeübten Tätigkeit eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit praktisch ausschließt. Für diese Menschen brauchen wir passgenaue Lösungen, die ein gutes und sicheres Leben im Alter ermöglichen. Das ist Ausdruck unserer Solidarität. Gleichzeitig zeigt die langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wenn wir unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Wer vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, soll sich auf eine auskömmliche Alterssicherung verlassen können. Darüber hinaus brauchen wir mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in

die Rente und müssen das Arbeiten im Alter attraktiver machen. Da die gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Dabei werden bestehende kapitalgedeckte Altersvorsorgen berücksichtigt. Für Menschen mit geringem Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.

Wir wollen Deutschland zum Land der Eigentümer machen. Eigentum schafft Sicherheit. Eigentum, insbesondere Wohneigentum, ist ein wichtiger Baustein zur Altersvorsorge. Persönlich verantwortetes Privateigentum ist die Grundlage einer starken, stabilen und freien Gesellschaft. Privateigentum und Erspartes müssen deshalb eine sichere Bank bleiben. In der Sozialen Marktwirtschaft ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es Nutzen für die Allgemeinheit stiften und damit seiner Sozialpflichtigkeit gerecht werden kann.

Jeder soll vom Erfolg unserer Wirtschaft profitieren können. Wir wollen private Vermögensbildung vor allem für kleine und mittlere Einkommen unterstützen, zum Beispiel durch steuerliche Anreize und attraktive Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Wir werden das Versprechen einer Beteiligung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital unseres Landes einlösen. Aus dem Land der Sparer muss ein Land der Anteilseigner werden.

Für ein langes, gesundes Leben

Wir wollen das Gesundheitswesen zukunftsfest machen. Unser Gesundheits- und Pflegewesen bietet den Menschen in unserem Land eine gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen, das wir erhalten und stärken wollen. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Freiberuflichkeit. Um auch weiterhin eine gute und barrierefreie Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im Gesundheitssystem erforderlich. Wir setzen uns für effiziente Strukturen und Prozesse im Gesundheitswesen ein. Wir werden eine Qualifikations- und Fachkräfteoffensive starten sowie medizinisch-technologische Innovationen nutzen und weiterentwickeln. Wir setzen aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen

lohnen, sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen dafür arbeiten, dass die Menschen in Deutschland schneller von Innovationen in der medizinischen Forschung profitieren können. Wir setzen uns für eine medizinische Versorgung ein, die geschlechterspezifische Unterschiede berücksichtigt. Wir wollen eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen.

Psychische Gesundheit muss in unserer Gesellschaft mehr Beachtung finden Wir setzen auf präventive Maßnahmen, frühzeitige Diagnostik und eine ganzheitliche Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Auch unsere älteren Bürgerinnen und Bürger, die vermehrt unter Einsamkeit und Altersdepressionen leiden, müssen deutlich mehr und bessere psychosoziale Hilfen bekommen. Wir wollen das Angebot ambulanter und stationärer Therapieplätze ausbauen. Seit der Corona-Pandemie ist das Leid von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen besonders deutlich geworden. Auch für sie müssen Präventions- und Hilfsangebote gestärkt werden.

Wir lehnen eine Legalisierung von Drogen strikt ab. Dafür setzen wir auf Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche vor Drogenkonsum und Sucht schützen. Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, müssen drogenfrei sein und stärker kontrolliert werden.

Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung. Hierfür braucht es auch Strukturreformen. Um die Gesundheitsausgaben zu dämpfen, wollen wir den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen stärken. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten wir fest. Für uns ist Gesundheitsversorgung Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen auf mehr Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen. Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Wir setzen auf eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung. Unser Ziel ist es, Versorgungssicherheit herzustellen und die gesundheitliche

Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern. Dazu braucht es mehr Studienplätze für Humanmedizin, mehr regionale Gesundheitszentren mit Notfallversorgung, eine Stärkung der sektorenübergreifenden und überregionalen Zusammenarbeit, den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der Präsenzapotheken. Um Lieferengpässe von Medikamenten zu vermeiden, unterstützen wir die Selbstversorgungsfähigkeit Europas mit Medikamenten und ihre Bevorratung. Die Hausarztpraxis muss die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben. Dies wird ergänzt um ein ambulantes fachärztliches Versorgungsangebot sowie eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgenaue Krankenhausversorgung.

Wir wollen eine starke Pflege. Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, haben auch in dieser Situation das Recht auf Selbstbestimmung und eine gute und menschliche Versorgung. Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause gepflegt zu werden. Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule für die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgungsstrukturen, ihnen gebührt Respekt und Unterstützung. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien, Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der Nachbarschaft. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Ein Abbau der Bürokratie muss zu mehr Zeit für die Pflegebedürftigen führen. Wir wollen bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für mehr Eigenvorsorge und wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung erhalten.

Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist

Wir Christdemokraten sehen uns in der Verantwortung, die Schöpfung zu bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend. Nachhaltiges Denken und Handeln gehört zur DNA unserer Partei.

Die CDU schuf das erste Bundesumweltministerium, sie stellte die Weichen für nachhaltiges Wachstum und saubere Energien. Mit der Einführung der

Schuldenbremse haben wir unseren Kindern und Enkelkindern ein Versprechen für nachhaltige Finanzen gegeben.

Der Klimawandel und die Gefährdung der biologischen Vielfalt sind eine existenzielle Bedrohung für unsere Erde und uns Menschen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen kann nur im globalen Zusammenwirken mit den Menschen gelingen, nicht gegen sie. Daher gehören für uns Ökologie, Ökonomie und Soziales, auch im Hinblick auf Generationengerechtigkeit, untrennbar zusammen.

Wir Christdemokraten arbeiten für eine Umwelt, in der saubere Luft, sauberes Wasser und gute Böden eine Selbstverständlichkeit sind. Wir arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist. Auch hierfür ist die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringt.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Wir wollen eine bessere Welt hinterlassen

Wir denken Politik immer nachhaltig. Denn wir wollen die Welt besser hinterlassen, als wir sie heute vorfinden. Deswegen machen wir Politik immer auch im Sinne der nachfolgenden Generationen. Nachhaltigkeit verpflichtet uns zu einem Handeln mit Maß und Mitte, das uns als Gesellschaft ökologisch, ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und unseren Wohlstand erhält. Wir bekennen uns zu den universellen 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und unterstützen deren nationale Umsetzung durch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Einhaltung der Pariser Klimaziele ist unser Ziel. Wir haben den Ehrgeiz, eine treibende Kraft für den Klimaschutz und Vorbild für andere zu sein. Die im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045 haben wir dabei fest im Blick – wohlwissend, dass Klimaschutz nur im globalen Kontext gelingen kann. Zugleich sehen wir unsere Verantwortung für die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen. Wir stehen zu unseren

Zusagen zur globalen Klimafinanzierung und zur Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit.

Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen. Maßnahmen zur Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind grundlegend in allen Politikfeldern. Der nachhaltige Umgang mit dem Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Eine resiliente Natur und Landschaft ist unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes und sicheres Umfeld, für Tourismus, für unsere Wirtschaft, für eine funktionierende und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft und damit für unser Leben.

Wir setzen auf einen weltweiten Emissionshandel. Der Emissionshandel ist als marktwirtschaftliches Instrument unser Weg, um das Klima effizient zu schützen. Den Emissionshandel wollen wir international voranbringen und in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken. Auf dem Weg dahin setzen wir auf Kooperationen wie Klimaclub, Energiepartnerschaften und den Schutz vor Verlagerungen von CO2-Emissionen.

Der Staat muss den Menschen etwas zurückgeben. Für die Akzeptanz dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung grundsätzlich zur Entlastung von Bürgern und Wirtschaft zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale Frage werden.

Wir setzen auf eine sichere, saubere, bezahlbare und technologieoffene Energieversorgung. Der Energiemix von morgen ist vielfältig, effizient und technologieoffen. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen, die Energieeffizienz steigern sowie die Sektorenkopplung vorantreiben und unser Energienetz anpassen. Die Erneuerbaren Energien allein werden für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land weiterhin auf verschiedene Technologien und Energieträger angewiesen sein, wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint. Wir stehen zum vereinbarten Kohleausstieg und wollen in der nächs-

ten Dekade mit Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Deutschland muss bei Energieinnovationen an der Spitze stehen. Wir werden die klimafreundliche Erzeugung und Speicherung gerade von Strom und Wasserstroff vorantreiben. Durch energieeffiziente Technologien wollen wir den gesamten Energieverbrauch senken. Wir setzen bei der Gesamtenergieversorgung von morgen auf Technologieoffenheit in Forschung und Anwendung. Aus heutiger Sicht gehören dazu Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, Geothermie, klimaneutrale Gaskraftwerke, Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie Fusionskraftwerke. Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen. Daneben wollen wir die Forschung im Bereich der nuklearen Abfälle vorantreiben. Wir müssen besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen gelingt uns der Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Verbraucher und Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie zu bezahlbaren Preisen zu jeder Tages- und Nachtzeit verfügbar ist.

Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany". Deutschland hat ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des CO2-Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur klimafreundlichen Erzeugung und Speicherung von Strom weiterhin mit uns erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Deutschland muss zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Wir wollen mit modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen, zum Vorbild für andere Länder werden.

Wir wollen den Rahmen für die Transformation so gestalten, dass unsere Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben. Die notwendigen Innovationen sehen wir als Chance. Damit einhergehende Belastungen, ins-

besondere für kleine und mittlere Unternehmen, wollen wir entschärfen. Dafür benötigen wir eine Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Perspektiven gibt und Sicherheit schafft.

Wir müssen stärker in Kreisläufen denken. Mit der Kreislaufwirtschaft ermöglichen wir nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern erschließen enorme Zukunftspotenziale. Wir wollen Kreislaufwirtschaft als grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; sei es für Ressourcen wie Bodenschätze, aber auch für Lebensmittel, Wasser, Wärme oder auch Kohlenstoff. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft und hin zu einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft, die den Grundsätzen Reduzieren, Wiederverwenden, Reparieren, Recyceln folgt. Wir wollen eine CO2-Kreislaufwirtschaft. Dafür bauen wir auf Kohlenstoff-Management, das CO2 abscheidet und als Rohstoff verfügbar macht. Wir sehen Kohlenstoff als wertvollen Rohstoff.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe. Dem weltweiten Rückgang der Biodiversität können wir nur dann entschieden entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der Biodiversität und durch Anstrengungen auf regionaler und nationaler Ebene kommen wir unserer gemeinsamen Verantwortung für die Schöpfung nach. Wir nutzen dafür neben Schutzmaßnahmen die Chancen der modernen Technik.

Meere als widerstandsfähige Ökosysteme erhalten. Wenn es um unsere Meere geht, denken wir ihren Schutz und die Nutzung stets zusammen. Für einen echten Interessenausgleich bei der Nutzung von Nord- und Ostsee wollen wir die besten Lösungen suchen und Ansätze wie etwa den Naturschutz auf Zeit fördern. Die nachhaltige Fischerei unterstützen wir als Teil unserer maritimen Wirtschaft.

Wir wollen die Leistungen der Natur sichern. Wald, Acker und Grünland, Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich eine große Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten, Jägern und Fischern erleichtern, die Ökosystemleistungen, also die Funktionen der Ökosysteme zu erhalten. All diese Akteure leisten wichtige

Arbeit in und für die Natur. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Lösungen erarbeiten und sie bei dieser Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

Das Bewusstsein für die Ressource Wasser erhöhen. Sauberes Wasser ist unser höchstes Gut. In Anbetracht des Klimawandels brauchen wir einen nachhaltigen Umgang mit Wasser. Wir setzen dabei auf Innovationen sowie auf Erfahrungen in der Praxis.

Unser Wald braucht starke Wurzeln. Forstwirtschaft und Jagd sichern mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine vielfältigen Funktionen. Wald ist Heimat, Lebensraum und Erholungsort. Er liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist Kohlenstoffspeicher, ein artenreiches Biotop und Ursprung der Nachhaltigkeit. Er hat ein enormes Potenzial für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wir fördern den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster Wälder und wollen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und weiterentwickeln.

Wir wollen Flächen an Land und Gewässer nachhaltig nutzen. In einem stark besiedelten Land wie Deutschland ist ein gemeinsames Bewusstsein für die begrenzte Fläche unerlässlich. Es ist daher geboten, sorgsam mit der uns zur Verfügung stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen.

Verantwortliches Verhalten im Umgang mit Tieren sicherstellen. Der Respekt vor der Schöpfung zeigt sich in unserem Umgang mit unseren Mitgeschöpfen, den Tieren. Der Schutz der Tiere, eine artgerechte Haltung und die Unterstützung des verantwortungsvollen Tierschutzes in Tierheimen sind uns wichtige Anliegen.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Unser Leitbild ist eine vor Ort verwurzelte, bäuerliche Landwirtschaft. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst- und Gemüsebauern, Winzern und Fischern für gesunde und sichere Lebensmittel. Sie wirtschaften umweltfreundlich, leisten einen wichtigen Beitrag zur Landschaftspflege und gehen gut mit den Tieren um. Unsere regional veran-

kerte leistungsfähige Landwirtschaft verbindet Eigentum und Denken in Generationen mit Engagement für die Heimat und Umweltschutz. Um Innovationen und neue Geschäftsmodelle auf ihren Höfen entwickeln zu können, sind unsere Landwirte auf Investitionen auch von Risikokapitalgebern angewiesen. Einen Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen an Kapitalinvestoren lehnen wir jedoch ab. Wir sind die Partei der Land- und Forstwirtschaft und der ländlichen Räume.

Die Ernährungssicherung ist Basis unserer Unabhängigkeit. Die Erzeugung und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen ist eine strategische Aufgabe zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Ernährungssicherheit ist Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Entwicklung und grundlegend für das Wohlergehen der Menschen und für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir fordern deshalb die Verankerung eines Staatsziels Ernährungssicherheit. Wir wollen unsere Ernährungssouveränität und den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen sichern und einen wesentlichen Beitrag zur Welternährung leisten. Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und Eigentum besser geschützt werden. Wir wollen mehr Verbindlichkeit für den Schutz landwirtschaftlicher Flächen.

Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft muss objektiv bewertet werden. Nur eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ist zukunftsfähig. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind uns gleich wichtig. Wir werden Indikatoren der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, die alle drei Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – gleichwertig abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen. Wir wollen Eigenverantwortlichkeit stärken und staatliche Feinsteuerung vermeiden.

Umwelt- und Naturschutz gehen nur mit der Landwirtschaft. Zur Erreichung der klima- und umweltpolitischen Ziele braucht die Landwirtschaft Freiräume und Planungssicherheit statt detaillierter Vorgaben. Wir setzen auf Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Naturschutz- und Umweltleistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit erbringt, müssen honoriert werden. Digitalisierung, Präzisionslandwirtschaft

und neue Züchtungstechnologien sind eine Chance, die Landwirtschaft umweltfreundlicher, klimaresistenter und wettbewerbsfähiger zu machen. Sie können helfen, unsere Ernten stabil zu halten und dabei weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen und weniger Wasser zu verbrauchen. Wir wollen deshalb einen verantwortungsvollen, auf klaren Regeln basierenden Einsatz neuer Technologien ermöglichen.

Tierwohl braucht Rechtssicherheit und Transparenz. Tierhaltung ist unverzichtbarer Teil der Landwirtschaft. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen verlässlichen Rechtsrahmen, Planungssicherheit und eine sichere finanzielle Honorierung. Die Arbeit der zuständigen Behörden muss verbessert und stärker vernetzt werden, um unnötige Doppelung von Bürokratie zu vermeiden. Verbraucher müssen klar und verbindlich über Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.

Wir bekennen uns zu einem freien und fairen Agrarhandel und zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den internationalen und europäischen Nachbarn. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss die Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte stärken und eine verlässliche ökonomische Säule für die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu wirtschaften, ein gutes Einkommen zu erzielen und ihnen Schutz auf hoch volatilen Märkten bieten.

Leben und Wohnen in Stadt und Land

Wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie in Ost und West gleichermaßen stärken. Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben gerne auf dem Land. Alle Menschen müssen dort gut leben und Heimat finden können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Der Staat trägt die Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse, dafür dass die Bedürfnisse aller Berücksichtigung finden. Dabei nehmen wir auf regionale und kulturelle Unterschiede und verschiedene historische Traditionen Rücksicht. Dort, wo die Menschen leben, müssen sie sich sicher fühlen.

Wir wollen gutes Leben in der Stadt. Unser Leitbild ist, eine funktionierende Stadt mit einem ausgeglichenen Miteinander von Leben, Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Gastronomie und Begegnung. Viel Stadtnatur bietet ein Höchstmaß an Lebensqualität, dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Wir wollen gutes Leben auf dem Land. Der ländliche Raum ist Zukunftsraum. Es ist Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Menschen auch auf dem Land alles zum Leben vorfinden. Dazu gehört eine gute kommunale Daseinsvorsorge: Hierzu gehören vor allem eine Gesundheitsgrundversorgung, digitale Angebote und Infrastruktur, Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen. Wir setzen auf eine Strategie der Dezentralisierung und unterstützen Unternehmen, Einrichtungen und Behörden, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

Es braucht mehr und bezahlbaren Wohnraum. Das beste Mittel für bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen und das Ausschöpfen vorhandener Potenziale im Baubestand. Damit sich das Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen und Sanieren erleichtern und günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie mehr Bauland, weniger Auflagen und Regelungen im Bauordnungsrecht und schnellere Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld indexiert werden, damit Mieten bezahlbar bleiben.

Die eigenen vier Wände geben Sicherheit. Wir wollen, dass mehr Menschen in unserem Land Eigentümer werden können. Deshalb wollen wir bei der Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge für die erste selbstgenutzte Immobilie einführen und die Nebenkosten beim Erwerb einer Immobilie senken. Das erfolgreiche Baukindergeld wollen wir dauerhaft bereitstellen.

Für Wahlfreiheit in der Mobilität

Mobilität ist Ausdruck von Freiheit. Die menschlichen Bedürfnisse nach Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab. Wir schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Für uns müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen und auch barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. Wir stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart. Klimaneutralität setzen wir technologieoffen um.

Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher werden. Wir werden massiv in unsere Schieneninfrastruktur investieren, um Strecken zu elektrifizieren, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. Für mehr Wettbewerb müssen Netz und Betrieb stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden. Der öffentliche Personennahverkehr muss schneller ausgebaut werden, damit das Angebot sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. Sie sind wichtiger als die weitere Senkung der Fahrpreise. Es braucht ein robustes Schienennetz und mehr Mobilität auf Nachfrage.

Wir setzen auf eine moderne Mobilität und Technologieführerschaft. Wir wollen die Technologieführerschaft für nachhaltige Antriebe, in der Luftfahrt, bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege, Lückenschlüsse im Radwegenetz und den Aufbau von Mobilstationen, insbesondere an Verkehrsknotenpunkten. Die Zukunft des Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien wie den Hyperloop in den Blick nehmen und Deutschland zum Motor für Forschung und Innovation im Bereich Mobilität machen.

Finanzielle Spielräume für kommende Generationen sichern

Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die Garantie dafür ist die Schuldenbremse. Sie sichert die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Grundsätzlich sollten öffentliche Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt werden. Wir wollen, dass auch zukünftige Generationen die Ziele ihrer Politik selbst definieren und eigene finanzwirksame Entscheidungen treffen können. Es soll der Grundsatz gelten, dass in Krisenzeiten aufgenommene Schulden in einer Generation zurückgezahlt werden.

Wir stehen zu den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit. Schattenhaushalte wie schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ erschweren die Einhaltung dieser Prinzipien. Deshalb lehnen wir Schattenhaushalte grundsätzlich ab. Schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ dürfen nur in äußersten Ausnahmefällen eingerichtet und später nicht für andere Zwecke umgewidmet werden.

Wir wollen transparente und vergleichbare Haushalte. Wir wollen, dass alle staatlichen Leistungen mit Wirkungskennzahlen verknüpft und regelmäßig überprüft werden. Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, sich jährlich und digital darüber zu informieren. Zukunftsausgaben müssen aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Haushalte müssen immer auch ihre Zukunftslasten ausweisen.

Wir verlangen klare Haushaltsregeln in der EU. Eine verlässliche und stabilitätsorientierte Fiskalpolitik in Europa schafft eine starke EU und ist wesentlich für den dauerhaften Zusammenhalt der Staatengemeinschaft. Die Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalvertrages müssen weiterentwickelt werden. Dabei müssen die Maastricht-Kriterien, insbesondere die Schuldenstandsquote von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und das jährliche Defizit-Kriterium von drei Prozent des BIP, weiterhin für alle Mitgliedstaaten verbindlich bleiben. Damit setzen wir ein klares Signal für Haushaltsdisziplin. Eine direkte Verschuldung auf europäischer Ebene, insbesondere verbunden mit einer gesamtschuldnerischen Haftung, lehnen wir ab.

Ein Staat, der funktioniert und vorangeht

Wir Christdemokraten wollen einen Staat, der Sicherheit gibt, Freiräume respektiert und schafft und den Einzelnen nicht bevormundet. Wir sind stolz auf unser schönes Land – auf unser Grundgesetz, den Rechtsstaat, unsere föderale Ordnung und unsere stabile Demokratie. All das haben wir seit Gründung der Bundesrepublik entscheidend geprägt.

Mit den Herausforderungen wachsen auch die Anforderungen an einen funktionierenden Staat. Wir blicken heute auf einen modernisierungsbedürftigen Staat. Zuständigkeiten sind oftmals nicht klar verteilt. Vieles läuft zu langsam, zu bürokratisch, zu analog, zu kompliziert.

Wir brauchen für unseren Staat einen Modernisierungsschub. Vieles muss auf den Prüfstand gestellt, Strukturen und Hierarchien müssen neu gedacht, Prozesse schneller und effizienter werden. Leitend dafür ist die Frage, bei welchen Aufgaben die Staatstätigkeit reduziert werden kann. Privat vor Staat ist dabei das bestimmende Grundprinzip. Überflüssige Bürokratie zugunsten einer leistungsfähigen bürgernahen Verwaltung abzubauen, ist eine dringende und ständige Aufgabe.

Die Kraft für diesen Modernisierungsschub, für mehr Aufbruch und Erneuerung steckt in uns. Wir arbeiten entschlossen daran, unser Staatswesen fit für die Zukunft zu machen.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Wie wir den Staat denken

Wir wollen einen dienenden Staat. Der Staat ist nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger gegründet. Er darf sie nicht bevormunden, sondern er muss ihre Freiheit schützen, ihnen Sicherheit bieten und die Grundversorgung sicherstellen. Wir streben konsequent nach einem Staat, der den Bürgern mehr ermöglicht, als er verhindert. In unserem Staat trägt dabei jeder und jede Einzelne als Bürger immer auch Verantwortung für das Ganze.

Wir wollen einen funktionierenden Staat. Als CDU geben wir den Bürgern in unserem Land ein Versprechen: Wir arbeiten für einen Staat, der funktioniert. Für einen Staat, der durch Reformen schneller, funktionaler, effizienter wird. Wir müssen raus aus der Komplexitätsfalle, also Prozesse verschlanken, vereinfachen und digitalisieren. Dazu werden wir Führungsebenen reduzieren, Teamarbeit etablieren, die Möglichkeit zur Besetzung von Führungspositionen mit externen Experten auf Zeit ermöglichen und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung Erfahrungen in privaten Organisationen machen lassen. Kurzum: Wir wollen einen modernen, agilen und handlungsfähigen Staat, auf den sich die Bürger verlassen können.

Wir wollen einen lernenden Staat. Politische Entscheidungen sollen dynamisch und auf Basis von Daten, Fakten und strategischer Vorausschau getroffen werden. Jede Maßnahme soll mit klaren, messbaren Zielen hinterlegt werden. Der lernende Staat muss immer bis zum Ende denken und muss sich in seinen Prozessen kontinuierlich überprüfen. Er muss aus eigenen Fehlern sowie aus Erfahrungen anderer Staaten lernen und Chancen der Digitalisierung besser nutzen.

Wir wollen einen krisenfesten Staat. Er muss in der Lage sein, schnell und wirksam auf Herausforderungen und Krisen wie Naturkatastrophen und Angriffe zu reagieren. Unser Ziel ist eine stabile, resiliente Gesellschaft, die auch in schwierigen Zeiten nicht auseinanderbricht, sondern Krisen abfedern und sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen kann. Wir wollen eine Überarbeitung der Notstandsverfassung unseres Grundgesetzes. Auch im Krisenfall muss dabei der Deutsche Bundestag das zentrale Verfassungsorgan bleiben.

Wir wollen den verbindenden Geist unserer Verfassung stärken. Unser Staat, unsere Verfassung und unsere Gemeinschaft leben von einem Geist, der verbindet. Die Kultur unserer Verfassung beruht auf gemeinsamen Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs und der Aufklärung, die Staat und Gesellschaft gleichermaßen im Bewusstsein zu halten und zu verteidigen haben. Dieses Grundverständnis darf nicht beliebig dem Zeitgeist angepasst werden. Verfassungswandel ist kein Automatismus, sondern für uns gilt: Verfassungswandel nur durch Verfassungsänderung.

Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie. In unserer Demokratie lenken die Bürger durch gewählte Volksvertreter die Geschicke der Politik. Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel als kommunale Mandatsträger für das Gemeinwesen engagieren. Deshalb wollen wir sie stärken. Mehr Frauen in öffentlichen Ämtern und Mandaten ist unser Ziel. Partizipative Demokratieelemente können eine sinnvolle Ergänzung sein, aber sie können etablierte Repräsentationsverfahren nicht ersetzen.

Unser Ziel sind lebendige, selbstbewusste Parlamente. Wichtige Entscheidungen der Regierungen müssen in den vom Volk gewählten Parlamenten debattiert werden. Denn der Plenarsaal ist das zentrale Forum der Demokratie. Die Parlamente müssen die Regierungen und die öffentliche Verwaltung effektiv kontrollieren können. Wir stellen uns einer immer stärkeren Auslagerung von politischen Entscheidungen in informelle Gremien und in „Expertenkommissionen“ sowie auf die internationale Ebene entgegen.

Die Parlamente müssen leistungsfähiger werden. Unser Ziel sind schlanke, effiziente Parlamente. Dazu braucht es eine Reform der Parlamentsarbeit, die vermehrt auf eine Erfolgs- und Vollzugskontrolle setzt und sich nicht nur in Kleinstdetails der Gesetzgebung oder in einer Darstellung von Regierungsinformationen verlieren soll. Abgeordnete sollten ihre Bezüge nicht für sich selbst, sondern immer erst für die Abgeordneten der nachfolgenden Wahlperiode festlegen.

Das Wahlrecht muss nachvollziehbar und verständlich sein. Ein reines Verhältniswahlrecht lehnen wir ab. Wir setzen auf Elemente des Personen- und Mehrheitswahlrechts. Von den Bürgern im Wahlkreis direkt gewählte Kandidaten müssen aufgrund ihrer unmittelbaren Legitimation stets dem Parlament angehören. Das Wahlalter bei Bundestagswahlen ist für uns gekoppelt an die volle Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.

Wir setzen auf Föderalismus und starke Länder. Die föderale Struktur Deutschlands ist Ausdruck von gewachsenem kulturellem und geschichtlichem Selbstverständnis, von Heimat und Identität seiner Bürger. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Prinzipien unseres

Staates und funktionieren nur im gemeinsamen Willen zur Gestaltung. Die Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum.

Wir wollen den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Die Stärke unseres Gemeinwesens beweist sich für die Bürgerinnen und Bürger vor allem durch starke Verwaltungen in Ländern und Kommunen. Sie sind für den Vollzug der meisten Gesetze verantwortlich und müssen die Probleme vor Ort lösen. Grundlage dafür sind solide Finanzen. Sowohl der Anteil der Länder als auch der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftsteuern (Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) soll daher dauerhaft strukturell erhöht werden. Wir bekennen uns zum Grundsatz der Konnexität („Wer bestellt, bezahlt"). Wir werden die Finanzautonomie der Kommunen stärken und den kommunalen Gestaltungsrahmen für eigene kommunale Steuern erweitern. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, damit die Selbstverwaltung, die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt werden.

Wir setzen auf Subsidiarität. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet für uns, dass übergeordnete Ebenen nur die Aufgaben wahrnehmen, die sie besser lösen können als untergeordnete Ebenen. Wo immer sinnvoll, werden wir die Aufgaben von Bund und Ländern – bei Wahrung und Fortentwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet – entflechten und damit klare politische Verantwortlichkeiten schaffen. Die Länder sollen nicht nur eng zusammenarbeiten, sondern auch stärker in den Wettbewerb um die besten Ideen gehen. Die Kommunen sind und bleiben für uns ein föderaler Bestandteil der Länder. Die Verantwortungsprinzipien müssen sich auch in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln. Die ausufernde Förderpraxis und Kofinanzierung von Landesaufgaben durch den Bund und die damit verbundenen Eingriffe des Bundes in die Kompetenzen der Länder wollen wir zurückdrängen. Damit treten wir für mehr Föderalismus und gegen die schleichende Zentralisierung Deutschlands ein. Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärken sowie eine solche Prüfung auf Bundes- und Länderebene etablieren, sodass vor Gesetzesvorhaben die Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzugs auf die kommunale Selbstverwaltung besser abgeschätzt werden.

Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden. Um unsere Vorstellungen von Föderalismus und Subsidiarität umzusetzen, brauchen wir eine Föderalismusreform. Diese muss auch die Herausforderungen einer digitalen und technischen Standardisierung im Bundesstaat lösen. Ziel ist es, staatliche Effizienz zu steigern und gleichzeitig Regionalität und Bürgernähe zu stärken. Bei einer Föderalismusreform sind auch die Einnahmeverteilung zwischen Bund und Ländern sowie der Länderfinanzausgleich in den Blick zu nehmen, um weitere Ansätze für effizientes Handeln und nachhaltige Haushaltspolitik zu setzen.

Wie wir die Verwaltung denken

Der Staat muss schneller werden. Unser Staat braucht für viele Genehmigungsprozesse zu lange. Wir müssen die Planung konsequent beschleunigen. Dafür braucht es mehr systematische Zusammenfassung im Verwaltungsrecht, erleichterte Antragsverfahren und -wege und weniger kleinteilige Regelungen. Als allgemeiner Grundsatz soll gelten „Ein Projekt – ein Verfahren". Zur schnelleren Umsetzung national bedeutsamer Infrastrukturprojekte wollen wir verstärkt Bundesgesetze und Bundesgesellschaften nutzen. Kommunen brauchen mehr Freiräume durch pauschal zugewiesene Finanzmittel und durch Experimentierräume.

Behörden müssen bürgerfreundlicher werden: Digital wird Standard. Ämter und Behörden sind für die Bürger da. Wir wollen deshalb Bearbeitungs- und Verwaltungsprozesse verschlanken und stärker automatisieren. Durch technologische Innovation, zum Beispiel auch mit Künstlicher Intelligenz und Verbesserung bestehender Programme und Prozesse, entlasten wir die Mitarbeiter der Verwaltung und erleichtern den Bürgern den Zugang zu staatlichen Angeboten und Prozessen. Dabei wird der digitale Prozess zum Standard. Für Menschen, die sich mit dem digitalen Weg schwertun, setzen wir auf Unterstützung in den Behörden vor Ort und in Form von Digitallotsen. Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen.

Der Staat muss unbürokratischer werden. Wir brauchen eine funktionierende Bürokratiebremse und eine wirksame staatliche Selbstbeschränkung – nicht nur auf der Ebene der Gesetzgeber und der Regierungen, sondern auch

auf der Ebene der mittelbaren Staatsverwaltung und in deren Selbstverwaltungskörperschaften. Es ist dringend notwendig, auf allen staatlichen Ebenen überflüssige Bürokratie abzubauen, auch zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung. In diesem Zusammenhang wollen wir den Nationalen Normenkontrollrat aufwerten und in das Bundeskanzleramt zurückholen. Vergleichbare Einrichtungen in den Ländern befürworten wir. Statt immer mehr externer Berater brauchen wir in den Behörden regelmäßige interne Stresstests und eine flexible „interne Unternehmensberatung“ in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern.

Es braucht nicht mehr, sondern bessere Gesetze. Dazu wollen wir eine Reform unserer Rechtsetzungsprozesse und eine neue Art der Gesetzgebung anstoßen. Statt ausschließlich kleinteiligen Paragrafenregelungen wollen wir einen Fokus auf strategische Ziele und Kennziffern für die Zielerreichung richten. Dazu setzen wir konsequent auf Evaluationen, Befristungen und eine nachprüfbare Kennzahlensteuerung und Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen. Gesetze sollen grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft treten. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Wir werden neue Gesetze zudem immer auch in digitaltauglicher Form beschließen, damit diese in einer digitalen Verwaltung automatisiert ausgeführt werden können. Es muss generell gelten: Wenn es nicht notwendig ist, eine Regelung zu erlassen, dann ist es notwendig, keine Regelung zu erlassen. Für EU-Recht bedeutet dies, dass neue Regelungen nur eins zu eins in das nationale Recht umgesetzt werden dürfen.

Wir wollen Bundesexperimentierräume einführen. Unser Land braucht eine „Einfach-mal-machen-Mentalität“. Statt mutig neue Wege zu gehen, verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragrafen. Wir wollen deshalb Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen – auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

Wir setzen auf eine datenbasierte Verwaltung. Wir wollen und müssen es dem Staat ermöglichen, auf relevante Daten zuzugreifen. Nur eine datenbasierte Verwaltung kann eine digitalisierte Verwaltung gewährleisten. Privater Datenschutz und staatliche Datennutzung dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen nebeneinander möglich sein. Wir verstehen Datenschutz nicht nur als Abwehrrecht gegen den Staat, sondern Datennutzung auch als Teilhaberecht an staatlichen Leistungen. Beim Umgang mit Daten orientieren wir uns am „Once-Only"-Prinzip: Bürger und Unternehmen sollen Standardinformationen nur ein einziges Mal mitteilen müssen. Für eine effiziente digitale Arbeit aller Verwaltungsebenen setzen wir uns für kompatible, interoperable IT-Lösungen in der Verwaltung ein.

Regierungen und Behörden müssen schlanker werden. Unser Ziel ist es, die Zahl der Bundesbehörden zu reduzieren und die Behörden zu verkleinern. Wir wollen das Personalwesen aller Ministerien bündeln. Regierungen und Behörden müssen mit den Ressourcen auskommen, die sie haben. Wir brauchen nicht für jedes neue Problem einen neuen Beauftragten oder eine neue Behörde.

Unser Staat braucht eine umfassende Aufgabenkritik. Grundsätzlich gilt: Der Staat soll nur dann tätig werden, wenn eine Leistung nicht ebenso gut oder besser durch Private erbracht werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass jede staatliche Aufgabe ein gesamtstaatliches Preisschild erhält. Wenn der Staat eine Aufgabe übernimmt, muss der Bürger wissen, was für ein Aufwand dahintersteckt. Die Bürger müssen zudem nachvollziehen können, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe verantwortlich ist und warum. Das Konnexitätsprinzip ist für uns dabei leitend. Mischfinanzierungen wollen wir verhindern.

Deutschland braucht einen attraktiven öffentlichen Dienst. Der Staat ist auf leistungsfähige Angestellte und Beamte angewiesen. Wir bekennen uns zu einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Seine Stärke sind seine qualifizierten und motivierten Mitarbeiter. Mit ihnen gemeinsam wollen wir die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsstrukturen weiter verbessern. Be-

rufsbeamtentum wollen wir künftig vor allem dort, wo es um hoheitliche Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht. Kosten für Pensionsrückstellungen müssen klar beziffert werden.

Der öffentliche Dienst muss flexibler werden. Der öffentliche Dienst braucht flexiblere Einstiegsvoraussetzungen, ein flexibleres Laufbahnrecht, eine stärker leistungsorientierte Vergütung und attraktivere Arbeitsorte. Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, privatem Bereich und Wissenschaft verbessern. Gefragt ist ein aktives Personalmanagement.

Mit unseren Werten in die Zukunft

In diesem Grundsatzprogramm haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir Christdemokraten besitzen: unsere Grundwerte, unsere Überzeugungen und Vorstellungen für die Zukunft. Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen.

Wir nehmen den Menschen so, wie er ist. Wir wollen ihn nicht verändern. Dabei wissen wir: Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.

Wir wollen unser Land voranbringen. Wir wollen Aufbruch, Erneuerung und Modernisierung. Dazu müssen wir Veränderungen erkennen, mit unseren Grundsätzen zusammenbringen und auf der Grundlage unserer Werte immer wieder neu die Zukunft gestalten. Das macht uns als moderne Volkspartei aus.

Unser Wesenskern ist das Zusammenführen. Wir bauen auf ein starkes Fundament und gestalten so Politik für eine Gesellschaft, die zusammenhält.

Wir wollen ein Land, das frei und sicher ist; eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet; eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft; ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; einen Staat, der funktioniert und vorangeht.

Wir laden jeden, der unsere Werte und Ziele teilt, ein, diese Aufgabe mit uns zu bewältigen. So wie die Frauen und Männer, die unsere Partei 1945 gründeten, glauben auch wir an eine bessere Zukunft für alle. Wir wollen diese Zukunft gestalten – mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht.

Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.